

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Aufgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 28. Mai 1932

36. Jahrgang

Nummer 22

Der Gedanke des Rechts auf Arbeit muß die Welt erobern

Es ist bestritten worden, daß es ein Recht auf Arbeit gibt. Warum? Weil dieses „Recht“ nicht in Paragraphen gefaßt werden könne. Es sei nicht möglich, es zu zergliedern, zu umgrenzen, abzuwägen und zu schützen. Es sei auch nicht möglich, die zu nennen, die das Recht, Arbeit für sich zu fordern, besitzen müßten, und es sei ebenfalls nicht möglich, die zu bezeichnen, die die Pflicht hätten, Arbeit für die zu schaffen, die das Recht hätten, Arbeit zu fordern. Also könne es kein Recht auf Arbeit geben. Darf die Arbeiterschaft solcher Auslegung des Rechtsbegriffs der Arbeit zustimmen? Wäre es nicht gefährlich, es zu tun? Würde es nicht ein Selbstbetrug, freiwillig auf das Recht, arbeiten zu dürfen, zu verzichten? Ganz gewiß. Und doch haben angelegliche Vertreter des Wohls der Arbeiter sich des langen und breiten abgemüht, zu „beweisen“, daß es kein Recht auf Arbeit gebe; denn ein solches Recht sei nicht zu umschreiben. Warum von etwas reden, warum etwas verlangen, das sich bei dem Versuch, es zu fassen, verflüchtige. So sagen sie. Mögen sie es selbst verantworten, wenn sie die gesellschaftliche und wirtschaftliche Stellung des Arbeiters unterhöhlen. Denn das Recht auf Arbeit ist für den Arbeiter alles! Und das kann von ihm nicht oft und nicht entschieden genug betont werden. Wenn andere über diese heikle und schwierige Frage mit einem Achselzucken hinweggehen, ein Vertreter der Arbeiter darf es nicht. Er würde sich sonst des Vertrauens nicht würdig erweisen, das ihm entgegengebracht wird. Es gibt noch manches, was schwer in Paragraphen gefaßt werden kann und doch nach dem allgemeinen öffentlichen Urteil „Recht“ bedeutet.

Das geschriebene Recht, das die Gesetze enthalten, ist in mancher Hinsicht und in manchen Lagen des praktischen Lebens äußerst lückenhaft und ungenügend. Im allgemeinen ist die Rechtsprechung die fehlerhafteste, die sich zu engstirnig an den Buchstaben der gesetzlichen Bestimmungen hält. Das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben hat seine eigenen Gesetzmäßigkeiten. Sie sind durchweg wichtiger als geschriebene Gesetze des starren Zwanges. Die geschriebenen Gesetze sind allerdings unentbehrliche Instrumente der Rechtsregelung. Aber es darf nicht übersehen werden, daß die Rechtsinstrumente sich dem Leben anpassen haben und nicht umgekehrt das Leben den Rechtsinstrumenten. Die in Paragraphen gefaßten Gesetze wachsen aus den Bedingungen und Notwendigkeiten des lebendigen, wechselvollen, vorwärtsdrängenden Lebens hervor; sie sollten wenigstens daraus hervormachen. Weil aber das Leben etwas beständig Fließendes ist, braucht es fortgesetzt neue Gesetze. Nicht, daß alles und jedes, was wird und in den neuen Tag drängt, sogleich in möglichst genaue Gesetze gezwängt werden müßte. Das kann dem naturhaft gefunden Werden mancher Dinge sehr nachteilig sein. Wir haben aber noch viele alte Gesetze, die sind nicht im geringsten mitgegangen, wenn das Leben weiterfließt. Sie liegen als hemmende Blöcke im Strom des Lebens und richten im allgemeinen mehr Schaden an als Nutzen. Und so wie es mit den geschriebenen Gesetzen ist, so ist es auch mit den ungeschriebenen Gesetzmäßigkeiten des praktischen Lebens, den öffentlichen Urteilen, Ansichten, Empfindungen, Gewohnheiten und Willensrichtungen. Auch diese liegen nicht selten als Hindernisse im Strome des Lebens, der allzeit vorwärts drängt, weil eben Leben Bewegung, weiter- oder aufwärtsführende Bewegung ist. Es ist ebenso wichtig, daß sich das öffentliche Urteil — im weitesten Sinne verstanden — umbildet, als daß sich die Gesetze den entstehenden Lebensbedürfnissen anpassen. Daß heißes gleich schwer ist, sagt schon das Goethewort: „Es erben sich Gesetz und Rechte wie eine ewige Krankheit fort.“ Geschriebene und ungeschriebene Gesetze dürfen natürlich nicht zu Gefahren und Kränklichkeitsursachen des Lebens werden, was aber leider oft der Fall ist.

Wenn es schwer oder in vielen Fällen unmöglich ist, das Recht auf Arbeit in Paragraphen zu fassen, so ist es jedenfalls nicht unmöglich, das Recht empfinden der Öffentlichkeit in der Frage der Arbeitsbeschaffung den Bedürfnissen der Zeit entsprechend umzubilden. Und damit hätten die Arbeiter schon sehr viel gewonnen. Die Gesetze, die die Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsversicherung tragen, sind ein erster Versuch, das Recht auf Arbeit zu begründen. Anfangs lehnten sich große Schichten der Öffentlichkeit heftig gegen die neuen Auffassungen auf, nicht nur aus Berechnung, sondern auch rein gefühlsmäßig. Das ist durchaus nicht verwunderlich, denn die Grundidee der herrschenden Wirtschaft ist der Individualismus. Danach soll jeder für sich selbst sorgen. Der dadurch entstehende „Kampf aller gegen alle“ soll den Fortschritt und das Wohl aller gewährleisten. Zwar ist dies längst eine überlebte, von der naturgewollten Entwicklung verdrängte Theorie geworden. Aber die meisten Menschen unterstehen wie Sklaven dem Beharrungsgesetz. Nur wenige verlassen sich einmal in die Lage anderer hinein, wenn sie selbst mit den „Rechten“ und Gewohnheiten zufrieden sein können, die das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben regeln. Darum konnte man bis zum Uebelwerden die geistlose Redensart hören: „Alle, die nicht arbeiten mögen, müssen von uns ernährt werden.“ Inzwischen aber ist selbst diesen Denkschwämmen und Wirklichkeitsblinden dunkel zum Bewußtsein gekommen, daß es sich bei dem Arbeitslosenproblem um etwas sehr Ernstes und Wichtiges handelt. Das Wort von den „Arbeitslosen“ ist doch allmählich verstummt. Das öffentliche Empfinden bildet sich um. Es geht bereits ein leises Ahnen auch durch die breiten Schichten derjenigen Menschen, die gewohnt sind, an das Leben keine Fragen zu stellen, die sich willenlos treiben lassen im Strome des Werdens. Sie ahnen immer deutlicher, daß sich etwas von Grund aus umgestalten beginnt in Gesellschaft und Wirtschaft. Jetzt wagen sie sich mit ihren dummen Normwürfen gegen die arbeitslosen Arbeiter nicht mehr hervor. Sie sehen sich ja tatsächlich immer mehr der Gefahr aus, auf Widerstand zu stoßen oder jährlächlich zu wirken. Ein Recht auf Arbeit ist eigentlich von der großen Mehrheit des Volkes gefühlsmäßig bereits anerkannt worden. Es waren aber auch das Denken und Wollen der gesamten Menschheit gewaltig aufwühlende Ereignisse, die es bewirkt haben, daß heute die Lage und die Rechte des Arbeiters anders als vor kurzem noch gesehen

werden. Es ist zwar schwer, genau festzustellen, wieviel Arbeiter — Arbeiter im weitesten Sinne verstanden — augenblicklich keine Arbeitsmöglichkeit haben. Wenn aber für die Gesamtwirtschaft der größeren Weltwirtschaftsvölker die Zahl von fünfundsiebenzig Millionen genannt wird, dann ist das so überaus schrecklich, daß auch der für das Los anderer Unempfindlichste wach und aufmerksam werden muß. Der so lange ganz zu Unrecht viel zu sehr vergötterte Wirtschaftindividualismus hat durch die großen welterstatternden Ereignisse der Nachkriegszeit einen so starken Stoß erhalten, daß er nun ja wohl endlich richtiger gesehen und gewertet werden wird.

Das gesamte Werden der Dinge in Gesellschaft und Wirtschaft drängt unwiderstehlich in eine Richtung, die die freien Gewerkschaften von jeher als die einzig gangbare und notwendige für die hingestellt haben, die das Wohl der Gesamtheit, das Wohl des Volkes, der Menschheit höher stellen, als ihr kleines Einzelwohl. Allerdings wird noch viel um das Wie und Was gestritten, um die richtigen Handhaben zur Um- und Neugestaltung des Lebens. Auch gibt es der offen und versteht dem Zeitgemäßen und Allgemeinlichlichen feindlich Gesinnten noch genug. Die Menschheit wurde ja generationenlang zur schrankenlosen Selbstsucht erzogen;

die Eigenliebe und der Dienst im engsten Familienkreis war höchstes Gesellschaftsideal, dem sich alles Denken und Wollen jener anpaßte, die mit diesem innerlich morschen Ideal gut fuhren. Heute aber drängt eine fürchtbare, weitreichende Not den Menschen zum Menschen. Es sind alle anderen Wege, die wieder in gesündere Verhältnisse führen können, versperrt. Nur die in den sozialen Gesellschafts- und Wirtschaftsstaat hineinführenden stehen noch offen; nur wenn wahrhaftiger, ehrlicher Gemeininn, der gleichzeitig wirklicher Staatsinn ist, Gewalt über das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Geschehen bekommt, kann der Jammer der Weltarbeitslosigkeit überwunden werden. Der Gedanke des Rechts auf Arbeit muß die Welt erobern. Dieses Recht muß ernst genommen werden als irgendein anderes. Es muß der Gedanke, daß unter allen Umständen zuerst Arbeit für die Massen geschafft werden muß, allen anderen vorangestellt werden. Dann werden die gewiß sehr großen Schwierigkeiten, die einer ausreichenden Arbeitsbeschaffung noch im Wege stehen, beseitigt werden. „Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.“ Die Arbeitslosenfrage muß die Menschen, die Berufe, die Stände, die Völker zusammenführen, wenn sie gelöst werden soll. Es kann nur Gemeininn, Einheitsempfinden, Staatsbürger- und Weltbürgerinn zur Gefundung der in vieler Hinsicht kranken wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse führen. U. S.

Die Pläne der Hitler-Partei in den Betrieben

„Wir (Nazis) dürfen in der Politik kein Mittel scheuen“

Betr. Vertrauliche Richtlinien zur Durchführung unseres Kampfes im Entscheidungsjahr 1932 gegen Betriebs-Margismus.
Reichsleitung der NSDAP.
Reichsbetriebs-Zellen-Abt. der Org.-Abt. 1 München, Karlstr. 14.

Einleitung.

Es ist wiederholt in Rundschreiben sowohl auch in Führerbesprechungen betont worden, daß die NSD. (Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation) keine Gewerkschaft ist, auch nicht der Vorläufer einer solchen. Die NSD. ist nichts weiter, als die besondere spezifische Waffe zur Eroberung der Betriebe durch Niederzwingung des Betriebsmargismus. Nationalsozialisten schließen sich nur zu dem Zweck in der NSD. zusammen, um Idee und Weltanschauung in die Betriebe zu tragen. Als Gewerkschaft ist die NSD. schon durch die Feststellung des Reichsarbeitsgerichts nicht anerkannt. Es kann also auch logischerweise keine Arbeitsgerichtsvertretung durch die NSD. stattfinden. Ebenfalls können bei Streiks keine Unterstützungen gezahlt werden. Allerdings kommen ja Streikfälle wenig oder fast gar nicht in Betracht. Bedenken dieserhalb sind bei den Herren Pgs.-Arbeitgebern zu zerstreuen.

Verbeachtungen im Jahre 1932.

Es muß jedem einzelnen Pgs., der im Betrieb beschäftigt ist, zur unumgänglichen Pflicht gemacht werden, der NSD. anzugehören.

Pgs., die im Betrieb noch keine Zelle haben, müssen versuchen, unter allen Umständen eine solche zu schaffen. Sollten sich Pgs. aus undurchsichtigen Gründen weigern, einer solchen beizutreten oder dieselbe zu organisieren, so ist dem betreffenden Pgs. mitzuteilen, daß Antrag auf Ausschluss beim Uchfa. des Ortes, gemäß § 4 Absatz 1b, gestellt werden kann, wenn er weiter auf seiner Verweigerung beharren sollte.

Von den einzelnen Gau-Bez. (Bezirksleitungen) und Uchfa. (Unterbezirksleitungen) muß eine Betriebsverammlung organisiert werden, und zwar so, daß eine die andere ablöst. Als Redner kommen nur solche Pgs. in Frage, die sich besonders für Arbeiterverammlungen eignen und die Psyche des Arbeiters genau kennen.

Ist eine Betriebszelle aus eigener Kraft heraus fähig, eine Betriebsverammlung einzuberufen, so braucht hiervon die Ortsgruppenleitung lediglich nur verständigt und herangezogen werden. Sonst müssen sämtliche Ortsgruppen, in Verbindung mit der NSD. die Betriebsverammlungen organisieren. Die Betriebe müssen vor allen Dingen ständig mit Flugblättern, Broschüren und Zeitungen bearbeitet werden.

Werden eigne Betriebszeitungen herausgegeben, so sind in den Illustrationen und im Text die Herren Arbeitgeber und leitenden Beamten (außer es seien Juden) nach größter Möglichkeit nicht zu kritisieren. Ist es unumgänglich notwendig, dann in maßvoller Form.

In Betriebszeitungen ist vor allem aufs schärfste das heutige System anzugreifen, sowie die arbeiternarrative Politik der Gewerkschafts- und SPD.-Bonzon. Gerade das letztere leuchtet dem Arbeiter am besten ein. So z. B. Lebensweise und Gehalt der Bonzon (insbesondere ist das Privatleben derselben zu beobachten, ihr Werdegang usw.). Hier muß vor allen Dingen verstanden werden, die soziale Lage des Arbeiters der der Bonzon gegenüberzustellen und deren einstiger Beruf. Wir dürfen in der Politik kein Mittel scheuen und gerade die Bekämpfung persönlicher Neids und Minderwertigkeitsgefühle beim Arbeiter führen oft später zur Reife politischer Erkenntnis. Ist es bei zu großer Interesselosigkeit der Betriebsbelegschaft nicht anders möglich, so muß das Propagandamaterial eine Zeitlang kostenlos in die Betriebe geworfen werden.

Tätigkeit und besondere Aufgaben der NSD.-Betriebsräte.

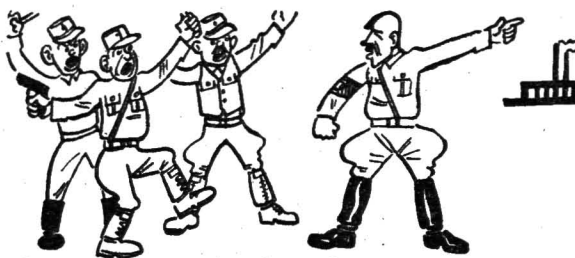
Die NSD.-Betriebsräte sind in ganz besonderem Sinne Amtswalter. Jeder nationalsozialistische Betriebsrat ist ein vorgeschobener Posten in den vordersten feindlichen Linien.

Der NSD.-Betriebsrat ist in erster und letzter Linie nur der Partei und Bewegung verantwortlich. Die Anordnungen des Führers und der Partei sind allein für ihn maßgebend. Das Betriebsrätegesetz ist nur eine Frage der Taktik für denselben. Die vornehmste Aufgabe des Nationalsozialisten im Betrieb ist der Kampf für unsere Bewegung und die Vernichtung des Feindes...

Die akute Gefahr droht nun weniger von seiten der K. D. und K. P. D. als von seiten der von den Sozialdemokraten geführten Gewerkschaften. Hier hat der Kampf einzusetzen. Daß dieser Kampf nur mit besonderen Mitteln geführt werden kann, liegt, auf Grund unserer zahlenmäßigen Schwäche in den Betrieben, auf der Hand. Vor allen Dingen muß deshalb versucht werden, diese zahlenmäßige Schwäche zu heben. Dieses geschieht am besten mit den der NSD. angeschlossenen Erwerbslosenzellen; die nationalsozialistischen Betriebsräte müssen es verstehen, erwerbslose Pgs. in die Betriebe zu bringen. Um dieses zu erreichen, ist es notwendig, daß der Betriebsrat mit den einzelnen Zellenmitgliedern immer engste Fühlung behält. Nur so kann immer auf schnellstem Wege festgestellt werden, wo ein Arbeitsplatz frei wird oder ein solcher frei gemacht werden könnte.

Jeder Nationalsozialist ist ferner verpflichtet, im Betrieb jeden Margisten-Funktionär,

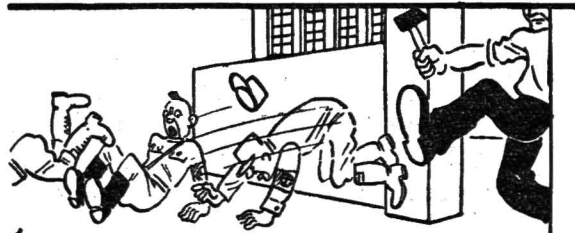
HIB - HIP - HAB!



HIB - Hinein in die Betriebe!



HIP - Hinein in's Portemonnaie.



HAB - Hinaus aus den Betrieben!

Die durch das Zeitalter der Erfindungen, so führte Dr. Kurt ... Die durch das Zeitalter der Erfindungen, so führte Dr. Kurt ...

So ist es richtig!

Im „Alb-Blatt“, einer Tageszeitung für das badische Oberland ... Im „Alb-Blatt“, einer Tageszeitung für das badische Oberland ...

„Die allgemeine Krise im Berufsleben dürfte nirgends so schwer ... Die allgemeine Krise im Berufsleben dürfte nirgends so schwer ...

der Rückschlag gekommen ist. Durch Erhöhung der Zölle sperren ... der Rückschlag gekommen ist. Durch Erhöhung der Zölle sperren ...

Wie die Unternehmen die vorgeschriebenen Lieferungsbedingungen respektieren

Zu diesem Artikel, der den in Frage kommenden Firmen keinesfalls ... Zu diesem Artikel, der den in Frage kommenden Firmen keinesfalls ...

„In Ihrer Nr. 19 nannten Sie unter 12. auch unsere Firma, die ... „In Ihrer Nr. 19 nannten Sie unter 12. auch unsere Firma, die ...

Von der Firma Jahreis & Sohn wird nicht bestritten, daß die ... Von der Firma Jahreis & Sohn wird nicht bestritten, daß die ...

- Genossenschaft für Arbeitsbeschaffung in der Steinindustrie G. m. b. H., Bischofsgrün, Erste Bayer. Hartsteinwalzenfabrik, Fichtelberg, Martof, Christian & Co., Steinbruchbesitzer Neubau, Post Fichtelberg, Scharf, Wilhelm, Steinbruch- und Schotterwerk, Fichtelberg, Vereinigte Fichtelgebirgs-Granit-, Spenitz- und Marmorwerke, Wunsiedel.

Diese 5 Firmen haben, wie bereits bemerkt, ihre Brüche ebenfalls ... Diese 5 Firmen haben, wie bereits bemerkt, ihre Brüche ebenfalls ...

gleichgültig welcher Schattierung, mit genauer Adresse festzustellen. Wenn irgend möglich, muß versucht ... gleichgültig welcher Schattierung, mit genauer Adresse festzustellen. Wenn irgend möglich, muß versucht ...

Wichtig ist noch, die Herren Pgs.-Arbeitgeber darauf hinzuweisen, daß bei eventuellen Lohnsenkungsaktionen eine nationalsozialistische ... Wichtig ist noch, die Herren Pgs.-Arbeitgeber darauf hinzuweisen, daß bei eventuellen Lohnsenkungsaktionen eine nationalsozialistische ...

Schlufbemerkung:

Die Reichsleitung der NSD. hofft, daß die einzelnen Pgs. in Zukunft alle Kräfte daran setzen werden, obige Voraussetzungen zu erfüllen. Der Jude Mardochai (Karl Marx) hat einmal von der Athletenform des deutschen Arbeiters gesprochen. Es wäre ein unermesslicher Fehler, wenn man die Richtigkeit dieses Ausspruches übersehen würde.

Se früher wir es verstehen, diese Athletenform in den Dienst der Nation zu stellen, desto mehr wird es uns gelingen, die Macht im Staat zu ergreifen und diesem verfaultem System den Todesstoß zu verlesen.

Auch hat der Rapp-Putsch uns gezeigt, wie wichtig die Herrschaft über die Betriebe ist.

Hierin können wir nur von der NSD. lernen. Es dürfte uns auch viel leichter als der NSD. fallen, die Betriebe zu erobern auf Grund unserer starken finanziellen Kraft und unseres gut ausgebauten Propagandaapparates.

Also, Pgs., auf in den Entscheidungskampf 1932. Laßt uns kämpfen und der Sieg ist unser!

Arbeitsbeschaffung durch Inflation

Großaktionäre, Katastrophenpolitiker und Bankrotteure, die sich um die Lage der Arbeiterschaft grundsätzlich nicht kümmern, haben den Vorschlag gemacht, durch Inflation Arbeit zu beschaffen. Dabei geht es diesen Herrschaften weniger um die Unterbringung der Arbeitslosen im Produktionsprozeß, denn dann würden sie sich schon die Mühe gemacht haben, auf gangbareren Wegen zur Milderung der Arbeitslosigkeit beizutragen. Vielmehr verfolgen hierbei die Unternehmer die Taktik, auf dem Wege über die Inflation die Schulden loszuwerden, die sie leichtsinnig gemacht haben. Es sind jene Kreise, die sonst in jeder für Unterstützungszwecke ausgegebenen Summe die Untergrabung der Arbeitsmoral erblicken, die jetzt mit der Inflation die Arbeiterschaft geistlich und körperlich auspowern wollen. Dabei liegen die Dinge heute so, daß selbst die Loslösung der Mark von der Golddeckung noch nicht die Inflation bedeutet, wie das englische Beispiel beweist. Gegenüber den ersten Nachkriegsjahren haben sich doch die Verhältnisse gewaltig geändert. Damals bestand eine große Warenknappheit, die Nachfrage war größer als das Angebot. Heute besteht ein Ueberangebot von Waren, und die Möglichkeiten des Umsatzes sind durch den Kaufkraftschwund erheblich eingeschränkt.

Die Befürworter der Inflation sehen in der Entwertung des Geldes die Möglichkeit zur Ankurbelung der Wirtschaft. Das ist eine völlig falsche Auffassung, die auch durch die Erfahrungen widerlegt wird, die Deutschland mit der Inflation gemacht hat. Bei größtem Warenbedarf gab es in Deutschland im April 1923 rund 268 000 Hauptunterstützungsempfänger, und im Januar 1921 wurden rund 450 000 gezählt. Wie heute unter dem Druck der Wirtschaftskrise die Betriebe zusammenbrechen, so fielen damals die kleinen Betriebe dem Inflationssturm zum Opfer. Lediglich für die Stinnes und Konjorten, für ausländische Schieber und Wucherer, die wahllos zusammenrafften, was sie mit wertbeständiger ausländischer Valuta bekommen konnten, war die Inflation ein gutes Geschäft. Für sie war die Stabilisierung der Währung der Schlüsselstein auf dem erfolgreichen Wege zur rücksichtslosen Zusammenhäufung deutscher Werte.

Die Arbeiterschaft aber sehnt sich nach einer zweiten Inflation nicht. Gewiß stellt die heutige Zeit mit ihrer Massenarbeitslosigkeit an die Arbeiter ungeheure Anforderungen, und die ungewisse Zukunft macht es den Arbeitern nicht leichter, ihr Los in Geduld zu tragen. Trotzdem hat sie kein Verlangen nach einer zweiten Inflation, denn heute gibt es doch wenigstens noch Waren, während damals die Produktionsstätten und Handelslager von allen Warenvorräten entblößt waren.

Auch das Argument, daß durch die Inflation die Ausfuhr gesteigert wird, wird heute durch die englischen Erfahrungen widerlegt. Alle englischen Berichte stimmen darin überein, daß nach einer kurzen vorübergehenden Steigerung der Ausfuhr inzwischen

Die „Zwar - aber“ des Dritten Reiches

Aus einem Vortrag des Dipl.-Ing. Gottfried Feder, M. d. R., Verfasser des „Programms der NSDAP.“ (Verlag F. Eher Nachf. GmbH., München). Wiedergegeben von Ing. Johann Gröttrup. Wörtliche Zitate sind in „...“ gesetzt. (Der Vortrag wird in einem Saale gehalten — auf der linken Seite haben sich auch Arbeiter und Angestellte eingefunden —, auf der rechten Seite sitzen Kommerzienräte, Industrielle, Großagrarien, Generale, Prinzen, Mittelständler usw. Gottfried Feder wird mit einem dreifachen Heil empfangen. Er wendet sich zunächst an beide Seiten des Hauses.)

Deutsche Männer und Frauen! Wir Nationalsozialisten sind Männer (Dreifaches Heil!), Männer von Rückgrat. Mit gewaltigem Dröhnen marschieren wir auf unser kristallklares Ziel los! (Dreifaches Heil.) Wir lehnen die Zwar-aberer, die zwar im allgemeinen zustimmen, aber immer ein Aber bezüglich irgendwelcher Punkte bereit haben, ab.“ (Programm der NSDAP., Vorwort, Seite 4.) (Feder wendet sich nach rechts.)

Zwar „passen wir uns“, wie unser Pgs. Held in der nationalsozialistischen Zeitschrift „Der Meister“ sagt, „dem Geist der Arbeiterschaft an, wir reden“ zwar „gegen das Kapital“, aber „wir brauchen dieses Propagandamittel, um die Leute an uns heranzuziehen. Die Hauptsache ist, daß wir die Leute haben, damit sie aus dem Marxismus gelöst werden! Wir zerhacken euch“ (den Unternehmern) „die Gewerkschaften!“ (Donnerndes Heil auf der rechten Seite des Hauses.) „Wir sind“ (Zuruf links: „Zwar.“) „die Nationalsozialistische Arbeiterpartei!“, aber (nach der rechten Seite gewandt) ich wiederhole, was ich im Reichstag dem Führer der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, zugerufen habe: „Sie haben gar keinen Grund, uns sozialistische Tendenzen zu unterchieben.“ (Verblüffung auf beiden Seiten des Hauses.)

„Wir Nationalsozialisten lassen“ (zwar) „an dem jetzigen Stand der Erwerbslosenunterstützung nicht rütteln.“ (Seite 16 des Programms), aber ich sage daselbe, was der „Völkische Beobachter“ am 3. 4. 1931 schreibt: „Die Arbeitslosenunterstützung macht arbeitscheu. Man kann schon von einer Arbeitsflucht reden“, ferner sage ich daselbe, was unser Pgs. Wagener, M. d. R., zum Ausdruck gebracht hat: „Die soziale Gesetzgebung ist eine der größten räuberischen Erpressungen an den Besitzenden.“ (Brauendes Heil rechts. — Unruhe bei den Arbeitslosen links.)

Wir Nationalsozialisten fordern (Feder wendet sich nach links) im Punkt 23 unseres Programms: „Beteiligung aller Beschäftigten an den Erträgen des Wertes.“ (Linke Seite beruhigt sich. — Rechts Unruhe.) „Gewinnbeteiligung an den Erträgen der eigenen Arbeit ist eine so selbstverständliche Forderung nach sozia-

ler Gerechtigkeit“ (Seite 58 des Programms). (Unruhe rechts wird größer.) Aber: „Die Quelle der Forderung nach Gewinnbeteiligung ist im allgemeinen entweder die Gewinnlust, dann ist sie nach ihrem inneren Wesen kapitalistisch oder der Neid, dann ist sie marxistisch.“ (Seite 59 des Programms). (Stürmisches „Sehr richtig!“ rechts.) Unsere Gegner (Zurufe: Psi, Psi!) machen uns den Vorwurf, daß wir uns in der nationalen Front mit Großbankiers, Großgrundbesitzern, Schwerindustriellen und Vertretern des Hochadels zusammengeschlossen haben, um das deutsche Volk zu retten. Das hindert uns nicht (Pgs. Feder wendet sich an die linke Seite des Hauses) zu erklären: „Die Wirtschaftler, ob groß oder klein, Schwerindustrie oder Kleingewerbetreibende kennen nur ein Ziel, Profit.“ (Seite 25 des Programms.) „Ihn“ (den Unternehmer) „kummert nicht die Not seiner Arbeiter.“ (Seite 46 des Programms.) „Profit, Rentabilität ist heute die Aufgabe der Wirtschaft.“ (Seite 47 des Programms.)

(Auf der rechten Seite des Hauses wurde es immer unruhiger, Pgs. Feder wendet sich nach dort und erklärt: „In sich ist“ aber „Reichtum und Besitz gar nicht schädlich.“ (Seite 49 des Programms). (Die rechte Seite beruhigt sich. — Murren links. Pgs. Feder wendet sich jetzt wieder nach links): „Wir Nationalsozialisten fordern“ zwar „die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trusts) Betriebe“ (Punkt 13 des Programms) (Unruhe rechts). Aber: „Der Nationalsozialismus erkennt das Privateigentum grundsätzlich an und stellt es unter staatlichen Schutz“ (Punkt 8 des Programms, Seite 35). (Unruhe links.) „Wir Nationalsozialisten haben schlicht und einfach die jedermann verständliche Formel geprägt: Gemeinnutz vor Eigennutz.“ (Seite 28 des Programms.) „Erst im Dienst der Allgemeinheit erwacht der einzelne zu höherem Leben. Erst so wird er — jeder an seinem Platze — wahrhaftig eingegliedert in die höhere Ganzheit seines Volkes, erst so begriffen, gewinnt der echte Sozialismus — der Gemeinnutz — wahres Leben.“ (Seite 29 des Programms.) „Wir Nationalsozialisten erstreben somit eine gemeinnützige Planwirtschaft! (Dreifaches Heil auf der linken Seite. — Unruhe rechts.) Aber: „Planwirtschaftliche marxistische, ebenso wie hochkapitalistische Sozialisierungsbemühungen werden ausdrücklich abgelehnt.“ (Seite 50 des Programms.) (Rechte und linke Seite sehen sich verdußt an — beiden Seiten ist die Sprache weggeblieben.)

Kapitalismus, Marxismus, Sozialismus, Kommunismus — all diese „Ismen“ lehnen wir Nationalsozialisten ab. Wir haben ein viel schöneres und wundervolleres Heilmittel. Wir fordern nach Punkt 11 unseres Programms: „Abfassung des arbeits- und mühe-losen Einkommens, Brechung der Zinsnechtschaft.“ „Brechung der Zinsnechtschaft ist“ (mit donnernder Stimme) „die stärkere Waffe, um die sich alles dreht. Sie ist weit mehr

als nur eine finanzpolitische Forderung. Sie greift mit ihren Voraussetzungen und Auswirkungen ebenso tief ins politische Leben, wie ins wirtschaftliche ein, sie fordert von jedem die Entscheidung: Dient am Volk oder schrankenlos private Bereicherung — sie bedeutet somit die Lösung der sozialen Frage“ (Seite 32 des Programms). Aber: „Es bedarf eingehenden Studiums, um sich in diese Frage einzuarbeiten“ (auf derselben Seite des Programms). (Unruhe auf beiden Seiten des Hauses. — Man begreift anscheinend nicht, daß auf einmal die stählerne Waffe, um die sich alles dreht, zu einer Frage zusammenschrumpt, die noch eines eingehenden Studiums bedarf. Um zu zeigen, daß die NSDAP. doch schon die Frage der Brechung der Zinsnechtschaft studiert hat, gibt Pgs. Feder nachstehenden programmatischen Vorschlag bekannt.) „Die Regierung bringt bei der gesetzgebenden Körperschaft eine Vorlage ein über die Ausnutzung der bayerischen, sächsischen usw. Wasserkraft, alle wirtschaftlichen Gesichtspunkte sind genauestens gewürdigt“ (versteht sich am Rande). „Der Landtag usw. beschließt dann den Bau.“ (Wehe ihm, wenn er's nicht tut.) „Er erteilt auch gleichzeitig die Genehmigung an den Finanzminister bzw. die betreffende Reichs- oder Staatsbank, eine neue Reihe von Banknoten herauszugeben mit dem besonderen Vermerk, daß diese neuen Noten ihre Deckung — und zwar ihre volle Deckung — in dem Zug um Zug neu erstehenden Werke fänden.“ (Seite 52 des Programms.) Die so erläuterte „Brechung der Zinsnechtschaft“ und das Wundermittel der Beschaffung von neuem Papiergeld wird anscheinend mit Zweifel und ohne Begeisterung von der Versammlung aufgenommen.

Die Versammlung ging auseinander. Aus dem Kraut- und Rübenprogramm, vermischt mit dem fortwährenden Zwar und Aber, war im Grunde niemand klug geworden. Es sei denn, die Zuhörer besaßen sich auf der gleichen geistigen Bildungstufe wie der Redner.

Zum Schmünzeln

Bei einer Feuersbrunst funktionierte die Dorfspritze nicht und ein großes Anwesen brennt nieder. Am anderen Tag klingelt der Dorfbüttel folgendes aus: „Damit so was wie gestern nicht mehr vorkommt, ist die Spritze immer 24 Stunden vor einem Brand in Ordnung zu bringen!“

Was hat denn die Sonne für'n Zweck? — Gar keinen! Nachts scheint sie nicht und am Tage ist es sowieso hell!

Bericht: Das Feuer entstand durch Zerrinnigkeit des Joseph Nagel oder weil Kinder zum Viehsputtern verwendet wurden. —

Wenn sie dich schmähen und wenn sie dich schelten,
Widersprich nicht mit bigem Blut,
Schweig und schaffe was schön und gut,
So wirst du zuletzt doch Recht behalten.

Aus dem Verband für den Verband

Der große Mann geht seiner Zeit voraus,
Der Kluge geht mit ihr auf allen Wegen,
Der Schlauchkopf beutet sie gehörig aus,
Der Dummkopf stellt sich ihr entgegen.

Wer keinen Fußtritt spüren will im Rücken, muß sich nicht bücken

Aus Oberhessen

Vom 2. bis 8. Mai führte der Bezirk Oberhessen eine schon seit längerer Zeit im Einvernehmen mit dem Verbandsvorstande vorgegebene Versammlungstour durch. Als Vortragender wurde der Unterzeichnete bestimmt. Insgesamt wurden 14 Zahlstellen besucht, in denen Versammlungen und Besprechungen mit den Kollegen stattfanden. Von Wächtersbach führte der vorgegebene Plan nach den Zahlstellen Breitenborn, Ortenberg, Geden, Rinderbüngen, Rodenbach, Niederflorstadt, Niederofleiden, Londerf, Wehlar, Altlar, Tiefenbach, Lauterbach, dann nochmals nach Wächtersbach und zum Schluß nach Gundheim.

Neben der allgemeinen Lage wurde die Lage in der Industrie und des Verbandes behandelt. Eine Menge von Rechtsfragen wurde ebenfalls untersucht und sogleich die nötigen Schritte zur Erledigung im Interesse der Kollegen unternommen.

Die im Anschluß an den Vortrag in jeder Versammlung folgenden Aussprachen waren fast durchweg sachlich und von Anerkennung über die Leistungen des Verbandes trotz Schwere der Krise erfüllt. Dabei zeigte sich, daß dort, wo Indifferentismus vorherrscht, die Arbeitgeber die Forderung der Arbeiter in rigoroser Weise ausnutzen und Löhne bezahlen, die die bescheidenste Existenz nicht mehr ermöglichen.

In den Basaltbetrieben, die im Bezirk vorherrschen, waren zur Zeit Aufträge an Pflastersteinen wenig vorhanden. Die Produktion von Schotter für die Reichsbahn bildete zumeist die alleinige Arbeitsmöglichkeit. Befremden muß es besonders erregen, daß jene Betriebe ununterbrochen beschäftigt sind, deren Besitzer über gesetzhafte und tarifliche Bestimmungen glatt hinweggehen und jeden Arbeiter, der nur die leiseste Andeutung eines Rechtsanspruchs macht, auf die Straße setzen. Schuld an ihrem menschlich unmwürdigen Arbeitsverhältnis sind allerdings die Arbeiter selbst, weil sie durch ihr Fernbleiben von der zuständigen Organisation sich der Unternehmerwillkür preisgeben.

Anders liegt es jedoch mit den auftraggebenden Körperschaften. Da diese fast durchweg Staats- und Kommunalbehörden sind, hätten diese die Pflicht, laut der Reichsverordnungsordnung für Bauleistungen, bei Vergabe von Aufträgen dem Arbeitgeber die Pflicht aufzuerlegen, die gesetzlichen Vorschriften einzuhalten, widrigenfalls der Auftrag entzogen wird. Das Schotterwerk in Kesselbach ist dauernd mit Aufträgen von Behörden des hessischen Staats versehen, obwohl sich der Unternehmer den Teufel um irgendwelche die Arbeiter schützenden gesetzlichen oder tariflichen Bestimmungen kümmert. Wir fordern von der hessischen Landesregierung, daß hier Abhilfe geschaffen wird! Die Arbeitsbeschaffung, wie sie vom Arbeitsamt Gießen durch Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes angestrebt und bereits schon in großem Umfang durchgeführt wird, kann ebenfalls unsere Zustimmung nicht finden. Nicht bloß, daß dadurch eine Umkehrung der Wirtschaft nicht erfolgt, sondern weil die ohnehin schon sehr stark reduzierten Tariflöhne unterhöhlt werden und damit den Arbeitgebern bei ihren weiteren Lohnabbauabsichten Vorstoß geleistet wird. Dabei kann ebenfalls nicht von vernünftiger Arbeitsbeschaffung gesprochen werden, wenn von den kleinen Landgemeinden neue Feldwege geschaffen oder ausgebaut werden, die verkehrstechnisch in einem trostlosen Zustand bleiben. Solche elenden Verkehrswege befinden sich fast durchweg im preußischen Gebiet. Im Freistaat Hessen sind wohl die Verbindungsstraßen z. T. in bestriedendem Zustande, um so trotziger sind jedoch die Dorfstraßen. Finanzielle Hilfe für die Gemeinden würde daher nicht allein bessere Verkehrswege schaffen, sondern auch vielen Menschen Arbeit und Brot bringen.

Bei der Durchkreuzung der vielen Orte im Bezirk fiel noch besonders die marktschreierische Propaganda der Nazis aus dem letzten Wahlkampfe auf. Die Millionen Gelder der Schwerindustrie und hohen Pensionäre der Republik wurden auch hier „fruchtbringend investiert“. Im Bezirk befinden sich sogar Ortschaften, in denen der Reichspräsident Hindenburg und ebenso der Präsidentschaftskandidat Thälmann im letzten Wahlgang nicht eine Stimme erhielten. Alle Stimmen wurden für Hitler abgegeben. Die bestehende Verwirrung zeigt sich auch darin, daß drei- und vierjährige Hosenmäde an den Straßenrändern den blöden Faschistengruß üben. Auch schulentlassene Klümmel, die an Plätzen und Straßenecken in Gruppen standen, glaubten mit diesem Gruß ihre geistige Impotenz zum Ausdruck bringen zu müssen. Ein Zeichen von mir nach der Stelle, wo normale Menschen den Verstand haben, brachte die erhobenen Hände schnell zum Sinken.

Den freien Arbeiterorganisationen, insbesondere den in den Industriezentren, erwächst die Pflicht, die ländlichen Gebiete besser als bisher zu betreuen.

Es laufen verschiedene Gerüchte im Dorf herum. — Der Feuerlärm erfolgt vorchriftsmäßig durch Läuten der Glocken und Signallisten. — Der Feuerreiter verfehlte seinen Weg, denn die Landstraße war sehr benebelt. —

Der Besitzer des Brandobjektes konnte keine Lösversuche machen, weil er kein Wasser hatte, und weil er auch nicht zu Hause war. — Der Brandplatz war durch zwei Laternen und einen Gendarmen erleuchtet. —

Die Lösarbeiten leitete Gemeindevorstand Herbig, weil es beim Kommandanten selbst in der Oberstufe brannte. — Die Flammen schlugen um das ganze Dach herum. — Die Lösmaschine wurde — weil das Wasser aus den Leitungsröhren nicht kommen wollte — anfangs aus der Taube des Geschädigten gespeist, später erhielt sie Wasser durch tragende Mädchen und Einsüßten derselben in die Spritzen und durch Saugen der Pflichtfeuerwehr am Hydrant.

Vom Nachbardach aus gab der Bäcker Fröhlich mit kräftigem Strahl sein Wasser ab, — und alle Öffnungen der Nachbarn wurden mit Mist verstopft. — Gerettet wurde eine Kommode und eine Kuh, welche gestohlen wurde. — Die Dienstmagd rettete das nackte Leben im bloßen Hemd. Ein Feuerwehrmann wurde durch Stachlammern am Ohr verletzt, welches über dem Helm herausragte.

Der vorbeschriebene Brand hat gelehrt, daß das Spritzenhaus nicht so weit von der Brandstätte entfernt sein soll.

Appelt, Gemeindevorstand.

Ueber das Haus der seiner Schule hatte ein süddeutscher Lehrer folgenden Spruch geschrieben:

Hier lehrt man die Jugend
In Gottesfurcht und Tugend;
Verbleuet auch den Hintern
Den ungezogenen Kindern
Und zieht daraus mit Müß' und Not
Sein täglich Brot.

Ein Kandidat der Medizin wurde über ärztliche Geburtshilfe examiniert. Stotternd hielt er seinen Vortrag, in dem die große Geburtzange die Hauptrolle spielte. Endlich schwieg er. „Sind Sie fertig?“ fragte der prüfende Professor. Der Kandidat bejahte. „Nun, doch wohl noch nicht ganz. Nehmen Sie bitte noch einmal die Zange, mit der Sie so erfolgreich herumoperiert haben, und schlagen Sie damit dem Vater eins vor den Kopf, dann haben Sie die ganze Familie ausgetrotzelt“, bemerkte der Professor ironisch.

Bei dieser Tour zeigte sich besonders der Vorteil des dem Bezirksleiter Horn zur Verfügung stehenden kleinen „Sanomag“. Fast 1100 Kilometer wurden in der kurzen Zeit zurückgelegt. Nicht allein, daß die Ausgabe für den Betriebsstoff gegenüber dem Fahrgeld weniger als die Hälfte verurteilt hat, ist die Ungelegenheit und das schnellere Fortkommen von besonderem Vorteil. Während mittels der Bahn in einem so weitverbreiteten Bezirk, wo die Zahlstellen 100 und noch mehr Kilometer voneinander entfernt liegen, täglich nur eine oder höchstens zwei Versammlungen abgehalten werden können, ist es mit Hilfe eines solchen Verkehrsmittels möglich, täglich in zwei oder drei Versammlungen Vortrag zu halten. Durch die dadurch entstandene Verkürzung der Tour ergeben sich weitere wesentliche Einsparungen.

Im allgemeinen hat die durchgeführte Versammlungstour die an sie gestellten Erwartungen voll erfüllt. Das gute Einvernehmen der Kollegen in den Zahlstellen mit der Bezirksleitung sowie den übrigen Verbandsinstanzen bürgt für den Bestand und die Weiterentwicklung des Verbandes. Der jedem Vortrag spendete Beifall und die fast durchweg anerkennenden Worte der Diskussionsredner in den immer gut besuchten Versammlungen beweisen, daß alle Gegner unserer Organisation, seien es Nazis oder die RGO, vergeblich dagegen ankämpfen. Sobald sich die Arbeitsmöglichkeit bessert, wird in diesem Gebiet der Verband mit frischer Kraft vorwärtsschreiten.

Neumüller.

Zur Arbeitsbeschaffung

Der Vorsitzende unserer Verbandszahlstelle in Kaiserslautern, Kollege Wilhelm Probst, hat in zwei pfälzischen Tageszeitungen vor gemeinschaftlichen Standpunkt aus die Arbeitsbeschaffung behandelt und dabei auf das Widerwärtige an Hand von neuen Bau-Beispielen hingewiesen. Mit Recht gliedert er die Widersprüche in Reden der Minister und den Taten der Bauverantwortlichen. Der Reichsfinanzminister hat im Vorjahre in Stuttgart betont, die Rohprodukte in Deutschland müßten vor allem erfährt werden, aber das scheint, gemessen nach den tatsächlichen Bauvorkommnissen, nur eine Redefloskel zu sein, denn mitten in einem großen Steinbruchgebiet, welches sehr gute, erprobte und wetterfeste Buntsandsteine vorkommen in überreichlicher Fülle für alle Bauzwecke aufweist, stehen Betonbauten. Die Steinbrüche liegen verwaist; Steinbrecher und Steinmehnen fallen der Wohlfahrtsunterstützung zur Last. So schreibt der genannte Kollege empört:

„... Hier in Kaiserslautern ist ein neues Postamt erstellt worden. 60 Meter lang, 30 Meter tief, 6 Stockwerke der Hauptbau. Zum Erdaushub der Fundamentgrube war der Zeittermin so kurz bemessen, daß ein Unternehmer mit dem Bagger kommen mußte, damit der Fertigstellungstermin eingehalten wurde. Die arbeitslosen Erdarbeiter drückten sich am Bauzaun „Mattnäse“ beim Zuschauen, wie der Bagger die Arbeit wegtraf. Die Maschinenarbeit war aber pro Kubikmeter Aushub nicht billiger wie Menschenarbeit. Wenn man alles glauben darf, was erzählt wird, war erstere sogar noch teurer. Nun kam eine Mannheimer Betonfirma und betonerte die Grundmauern zur Aufnahme des Eisenblechs; da standen die Maurer, Steinbrecher am Bauzaun arbeitslos!

Das Eisen zum Skelettbau kommt aus dem Saarstaat. Der Saarstaat bezieht seine Rohprodukte für Eisen aus Frankreich und Luxemburg. In diesem gewaltigen Bau waren ausgeschaltet: Steinbruchhelfer, Steinbrecher, Steinmehnen und Nacharbeiter ganz, zum großen Teil Erdarbeiter, Maurer, Bauhilfsarbeiter und Zimmerer. Trotzdem Bagger, Turmkran und sonstige Hilfsmaschinen zu dieser „Tubelfistenbauweise“ zu Hilfe genommen wurden, beträgt die Bauzeit drei Jahre.

Das Zentralgefängnis, ein weit größerer Gebäudekomplex, wurde in vier Baujahren ohne Maschinen aus Bruchsteinmauerwerk und reichlicher Steinarbeiter vollendet. Die Reichspost baut in der Pfalz 6 Hauptpostämter, ohne daß die überaus zahlreich vorhandene Steinindustrie Beschäftigung fand. So sieht die Arbeitsbeschaffung der öffentlichen Hand für das Baugewerbe aus.

Nun die Reichsbahn! Die baut in der Nachkriegszeit die Eistalbahn. Im Jahre 1930 wurde derselben von der Reichswesthilfe zur Erbauung der letzten Strecke 2,5 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt. Das allerbeste pfälzische Sandsteinmaterial wird zu Schutt weggepregelt und muß Eisen und Eisenbeton Platz machen. Trotz der ungeheuren Not der dortigen Steinbruchsgegenstände Enkenbach, Alsenborn, Fischbach usw. Genau so wird es gehen bei dem jetzt beginnenden Bahnbau Kusel-Türkismühle, die durch ein vorzügliches Steinbruchgebiet geführt wird. Hier stellt das Reich aus der Reichswesthilfe auch etliche Millionen zur Verfügung. Der Reichsarbeitsminister mühte sich um diesen Bahnbau kümmern, damit nicht die Unterführungen, Brücken und dergleichen Arbeiten aus Beton und Eisenbeton hergestellt werden, sondern aus dem dort lagernden Naturstein. Ebenso bei der Erstellung der Stationshäuser darf und soll kein Kunststein Verwendung finden. Wenn dieses von der Bewilligung der Reichsmittel abhängig gemacht wird, wird auch die Bauweise eine andere sein. Es soll und muß so gebaut werden, daß möglichst viele Arbeitslose von der Straße dem Produktionsprozess zugeführt werden. Dem Arbeiter muß Gelegenheit gegeben werden, daß er Geld verdient und Geld umkehren kann in Waren. Gerade Reichsbahn und Post klagen über starke Einnahmerückgänge. Ist es ein Wunder, wenn trotz der Millionenausgabe für diese Rifenbauweise und Eisenkonstruktionen Tausende und aber Tausende von gelernten und ungelerten Bauarbeitern arbeitslos und zum Nichtstun verdammt sind, Verlottern und Verpöbeln? Das Geld wird unsparsamerweise in die Welt geschleudert an einzelne. Es werden für Innenarbeiten, für teure ausländische Holzperforierung und Marmor Unsummen ausgegeben. Das deutsche Holz verfäut in den Wäldern und Lagerplätzen. Der Naturstein harzt auf die Gewinnung. Kehrt zurück zur volkstümlichen Bauweise! „Laßt Steine reden!“ Man gibt dadurch Hunderttausenden von Menschen Brot und Arbeit. Fort mit diesem akademischen Größenwahn im Bauen!“

Was in Vorstehendem vom Kollegen Probst mit Recht kritisiert wird, ist auch in anderen Gebieten Deutschlands wiederholt zu beobachten, und es erweckt immer wieder den Eindruck des großen Durcheinander und sehr oft der Sabotage an den maßgebenden Stellen. Es ist unbegreiflich und wirkt so unsagbar tröstlos, wenn inmitten der brauchbaren Rohstoffe, die sich bewahrt haben, andere von weither transportiert werden müssen, um den natürlichen, guten Baustein durch immerhin noch fragwürdigen Ersatz zu verdrängen. Die ganze Arbeitsbeschaffung in Theorie und Praxis hat sehr viel Vergleichsmomente mit dem geschichtlichen Turmbau zu Babel, an dem keiner mehr den anderen verstanden haben soll.

Chloratit-Sprengstoffe sind gefährlich!

Sind sogar sehr gefährlich für die damit hantierenden Sprengmeister und ihre Hilfskräfte, und trotzdem kommt kein Verbot dieser Sprengstoffe bei der Steingewinnung, obgleich die Steinbruch-Berufsgenossenschaft in Verbindung mit anderen Berufsgenossenschaften das wohl herbeiführen könnte, wenn sie nur so konnte wie sie wollte und möchte. Merkwürdig klingt

das letztere für den, der den Zusammenhang und die Struktur der Berufsgenossenschaften nicht kennt; doch für den, der den Zusammenhang kennt, ist es nicht auffallend merkwürdig. Er wird schon verstehen, aber dennoch das Nichtkönnen des strikten Verbots von Chloratit-Sprengstoffen sehr bedauern, weil — nun, weil Gesundheit und Leben der Sprengarbeiter dadurch dauernd bedroht sind. Nicht etwa Gesundheit und Leben des Betriebsinhabers, der weitab vom Sprengplatz sitzt und als einzelner zu den Trägern der Unfallversicherungspflicht in der Berufsgenossenschaft zählt.

Auf die Gefährlichkeit von Chloratit-Sprengstoff hat zum ersten Male der Revisionsbeamte der Steinbruch-Berufsgenossenschaft, Herr A. Spielmann in Breslau, hingewiesen, gestützt auf seine praktischen Beobachtungen und Feststellungen in den Steinbruchbetrieben. Man muß ihm dafür danken im Interesse der Gesundheitshaltung unserer Kollegen in den Steinbruchbetrieben. Im „Steinarbeiter“ Nr. 11 und Nr. 15 haben dann auch zwei Sprengpraktiker aus Steinbrüchen darüber ihre Erfahrungen kundgegeben, belegt mit Beispielen; beide haben damit nur bestätigt, was der Breslauer Aufsichtsbeamte der Steinbruch-Berufsgenossenschaft öffentlich kundgegeben hat. Ja, diese Praktiker geben im „Steinarbeiter“ darüber auch ihrer Freude Ausdruck im Hinblick auf die gefährdeten Sprengmeister und Arbeiter.

Diese bekannte Gefährlichkeit des Chloratit-Sprengstoffes hat, wie es nicht anders zu erwarten war, gewisse Kreise mobilisiert, zuerst die Hersteller dieses Sprengstoffes, die vor allem dessen Gefährlichkeit bestreiten — nur mit Worten natürlich — und ihr weiteres Argument ist die Billigkeit im Geldwert. Sie sagen allerdings „Wirtschaftlichkeit“ in der Betriebsführung; das klingt besser, obgleich es nicht wirtschaftlich ist, wenn der Unternehmer beim Einkauf des Sprengstoffes wohl einige Mark spart, aber durch ein etwaiges Sprengungsglück, hervorgerufen durch Sparen an verkehrten Platz, die Gesamtheit der Unternehmer in der Berufsgenossenschaft belastet, abgesehen von den noch viel, viel schlimmeren Folgen für die Sprengarbeiter.

Unserer Redaktion wurde sogar von einem Sprengstoff-Vertreter zugemutet, eine längere Abhandlung zu bringen, die die „Wirtschaftlichkeit“ und „Ungefährlichkeit“ dieses Chloratit-Sprengstoffes beweisen sollte. Das wurde natürlich von uns abgelehnt mit dem energischen Hinweis, daß für uns weniger die „Wirtschaftlichkeit“ eines Sprengstoffes in Frage steht, sondern vor allem dessen Sicherheit bei der praktischen Arbeit, und ferner, daß der „Steinarbeiter“ keinen Raum hat für Artikel von Interessenten, denen der Sprengstoffverkauf näher liegt als alles andere.

Nun bringt „Die Steinindustrie“ in Heft 9/10 vom 28. April 1932 unter der Überschrift „Vorsicht bei Verwendung von Chloratit-Sprengstoffen in den Steinbrüchen“ einen sehr lehrreichen Artikel, wahrscheinlich von einem Unternehmer oder Betriebsleiter in der Steinindustrie. Dieser Artikel spricht sich ebenfalls präzis, gestützt auf praktische Erfahrungen im Betrieb unter Anführung von Beispielen, gegen die Verwendung des genannten Sprengstoffes aus. Ja, der Artikel klingt aus:

„Hinaus mit den Chloratit-Sprengstoffen aus den Steinbrüchen, denn ihr schüht euch vor Unglück und Kosten!“

Das ist sicherlich gut so und wird zweifellos in Kreisen der Steinbrucharbeiter lebhaft begrüßt und auch unterstützt. Nun ist die Zeitschrift „Die Steinindustrie“, in der diese erfreuliche Auslassung steht, auch „Offizielles Organ des Reichsverbandes der deutschen Steinindustrie und der diesem angeschlossenen Fachverbände“ und darum ist es sehr wesentlich, welche Stellung diese Zeitschrift selbst als Sprachrohr der Unternehmer zu der Chloratit-Frage einnimmt. Mit dieser Stellungnahme sieht es jedoch sehr klammernweisch aus, wenn man die einleitende Anmerkung der Redaktion genannter Zeitschrift zu dem sehr überzeugenden Artikel zur Kenntnis nimmt. Sie lautet nämlich:

„Wir bringen nachstehende Ausführungen, ohne selbst Stellung dazu zu nehmen. Uns erscheint der Chloratit-Sprengstoff nicht so gefährlich, und er wird sicher für manche Sprengarbeiter mit Vorteil benutzt werden können, besonders mit Rücksicht auf seinen billigen Preis und wenn die nötigen Sicherheiten vorliegen, daß er geeignet behandelt und angewendet wird.“

Also „nicht so gefährlich“ — wird mit Vorteil benutzt werden können“ — wegen des „billigen Preises“ usw. Eine wirklich vorsichtige, herrliche Redaktionsmeinung, nicht kalt und nicht warm und wenn, wenn, ja, wenn — der Hund usw., alle Welt kennt diesen drahtigen Spruch.

Jene, die mit dem Sprengstoff arbeiten müssen, wehren sich, soweit sie die nötige Zivilcourage aufbringen, mit aller Entschiedenheit gegen seine Verwendung, weil lebensgefährlich und einem Selbstmord gleichkommend. Die Erfahrungen liegen in vielen Fällen vor. Der Redakteur der Zeitschrift der Unternehmer aber behauptet das Gegenteil, der muß es ja wissen. Also, rin mit dem Mann in eine Steinbruch-Sprengkolonne, die aus Sparjamkeit Chloratit verwenden muß.

Für unsere Kollegen, die beim Sprengen maßgebend oder auch nur behilflich sind, gilt jedoch die obige Mahnung des Unternehmers oder Betriebsleiters, der nicht nach dem System des billigen Jakob in seinem Betrieb hantiert, sondern vor allem die Gefährlichkeit der Steingewinnung, die sowieso sprichwörtlich ist, nicht noch erhöhen will. Die heißen Knochen, das Leben der im Betrieb Beschäftigten sind ihm wichtiger, als der billige Preis eines Sprengstoffes. Der deutsche Dichter Gellert hat in seinem Liebes über „Zufriedenheit mit seinem Zustande“ gesagt:

„Ein jeder Stand hat seinen Frieden,
Ein jeder Stand hat seine Last.“

Das fiel uns ein beim Lesen der Redaktions-Meinung über Chloratit-Sprengstoff in dem bereits erwähnten Heft „Die Steinindustrie“.

Testen. In der Versammlung Anfang Mai referierte unser Gauleiter Kollege Gökemeyer über die allgemeine Lage, er meinte, daß wir um einen Lohnabbau nicht herumkommen, 17 Prozent sind schon abgebaut und weitere 15 Prozent sind vorgezogen; bei Ueberlandarbeit sollen die alten Paragraphen bestehen bleiben, dagegen die neuen verkürzt werden. Gökemeyer schilderte dann die Verhältnisse der Kollegen bei der Firma Burmeister (Friedland), vor allem die Uneinigkeit der Betreffenden, kommt dann auf die mecklenburgischen Vermieter zu sprechen und erklärt uns, was für schweres Arbeiten er mit den Amtsbaumeistern habe, da diese alle auf Nazi eingestellt sind; dann gibt er noch Bericht über Arbeitsbeschaffung, aber auch den „Trost“, daß wir dieses Jahr noch nicht viel zu hoffen haben. Kollege Brock fragt, wie es mit der Wohlfahrtskasse der Firma Burmeister steht. Gökemeyer berichtet, daß die Sache, obwohl noch nicht abgeschlossen, wohl im Sande verlaufen wird. Kollege Gökemeyer beipflichtet dann die Verhältnisse zwischen RPD und freien Gewerkschaften auf Bahnhof Hamburg, wo die RPD den Streik vom Zaune brach. Unsere Kollegen bekamen 30 Mark Unterstützung, die RPD dagegen zahlte die erste Woche 12 Mark, zweite 8 Mark und in der dritten Woche war das Geld alle. Er forderte die Kollegen auf, dem Verbands die Treue zu halten. Kollege W. Brock schloß die Versammlung mit einem Hoch auf den Steinarbeiterverband.

Rundschau

„Deutschlands Straßen kommen in Verruf.“ In der Notiz mit dem vorstehenden Stichwort in Nr. 21 des „Steinarbeiter“ wurde ein Sechsfelder übersehen; denn der mituntergenannte türkische Konjul ist der Steinmeßmeister (nicht Steinsechsmesser) Dr. h. c. Adalbert Meising, der Chef der bekannten Firma Feidler und Wimmel, Berlin. Der aufmerksame Leser, dem die Steinindustrie nicht ganz unbekannt ist, wird den Fehler des Setzers bereits selbst korrigiert haben.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Gewerbehygiene. Dieses Thema wurde auf einer außerordentlichen Tagung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene am 12. Mai in Berlin behandelt. — Die Tagung wurde von dem Vorsitzenden der Gesellschaft, Geheimrat Dr. Arthur von Weinberg, Frankfurt a. M., eröffnet, der einen Bericht über die Tätigkeit der Gesellschaft im letzten Jahre erstattete. Sodann verkündete der Vorsitzende einen Vorstandsbeschluss der Gesellschaft, wonach die Arthur von Weinberg-Medaille für Verdienste um die Gewerbehygiene dem Bayerischen Landesgewerbeamt, Prof. Dr. Koelich, München, für seine ausgezeichneten und vielseitigen wissenschaftlichen Arbeiten auf dem Gebiete der Arbeitsmedizin verliehen worden sei. — Hierauf sprach für die Behörden Staatssekretär Dr. Geib vom Reichsarbeitsministerium und wies in eingehenden Darlegungen auf die Bedeutung des zu behandelnden Themas für die zuständigen Behörden hin. — Der Leiter der Bayerischen Gewerbeaufsicht, Ministerialrat Dr.-Ing. Klebe, München, behandelte das Thema vom Standpunkt der Arbeitsschutzbehörden und der Gewerbeaufsicht; vom Standpunkt des Arbeitgebers Dr. W. von Bonin von der Sozialpolitischen Abteilung der Siemenswerke und vom Standpunkt der Arbeitnehmer G. Haupt, Hannover, vom Verbande der Fabrikarbeiter Deutschlands. Das Schlussreferat erstattete Geh. Hofrat Prof. Dr. von Zwierveder-Südenhork, München, vom volkswirtschaftlichen Standpunkt. — Eine ausgedehnte und rege Diskussion, an der sich Vertreter der Behörden und der Arbeitnehmer beteiligten, beschloß die Tagung.

Die Welt steht Kopf! In Holland, unweit der deutschen Grenze, liegt die Stadt Groningen. Diese hatte die Lieferung von 6500 t Gußrohren ausgeschrieben. Im Bericht der niederländischen Industrie- und Handelskammer für den Monat April lesen wir folgendes: „Ein vom Röhrenverband schon seit langem bearbeitetes Geschäft von 6500 t für Groningen (Holland) ging endgültig an den japanischen Gußrohrenwettbewerb verloren, da es nicht möglich war, den ungewöhnlich niedrigen Preisen der Japaner zu folgen, die zudem noch außerordentlich weitgehende Sicherheiten für Qualität und rechtzeitige Lieferung boten.“ Was besagt dieser Satz? Ein in der Luftlinie etwa 15000 km von Holland entfernt liegendes Land, zur Erreichung dessen eine Seereise von 6 bis 8 Wochen notwendig ist, ist in der Preisgestaltung so niedrig, daß selbst das tiefste Angebot des europäischen Röhrenverbandes bzw. dessen deutscher Gruppe dem nicht zu folgen vermag. Groningen liegt wenig mehr als 100 km von den Erzeugungszentren der deutschen, belgischen und luxemburgischen Eisenindustrie entfernt. Dennoch geht ein Auftrag in ein Land in Ostasien. Des ferneren zeigt dieser Fall, daß die japanischen Löhne so außerordentlich niedrig sein müssen, um ein solch billiges Angebot machen zu können. Es wird dadurch gezeigt, zu welchen Blüten die internationale Schmuckkonkurrenz treibt. Nichts zeigt deutlicher als diese Angelegenheit, wie notwendig es ist, die Löhne der einzelnen Länder anzugleichen. Aber auch die weltwirtschaftliche Lage von heute wird durch diesen Fall deutlich illustriert: Ehemals versorgte Europa die ganze Welt mit industriellen Produkten, heute ist ein Land, welches erst im letzten Jahrzehnt zur industriellen Großmacht wurde, selbst in der Urheimat der Industrie wettbewerbsfähig. Die Verhältnisse haben sich gründlich geändert.

Preisentwicklung und Krise. Die große Krise der Gegenwart wird am besten illustriert durch den Niedergang der Preise. Der Wiederaufstieg kann nur vor sich gehen, wenn es gelingt, das Absinken der Preise aufzuhalten. Man wartet auf diesen Augenblick schon lange. Der Preisdruck hat sich aber von Monat zu Monat verstärkt. Die Weltmarktpreise bewegen sich in einer ausgesprochenen Problematik. Eine einheitliche Richtung derselben wird durch die Autarkiebestrebungen der einzelnen Länder zerstört. Was die Entwicklung der Großhandelspreise seit dem Eintritt der Krise anbelangt, so fanden diese in den Großstädten in folgender Weise (Oktober 1929 = 100): in Deutschland im März 1932 bis auf 73, in England auf 73, in Frankreich auf 69 und in den Vereinigten Staaten auf 66. Im Durchschnitt sind also die Großhandelspreise um 30 v. H. gefallen. Die Lebenshaltungskosten sanken in der gleichen Zeit in Deutschland auf 80, in England auf 88, in Frankreich auf 92 und in USA auf 68. Die Lebenshaltungskosten sanken im Durchschnitt um 18 v. H. Es dürfte nunmehr die Frage entstehen, ob dem Niedergang der Preise ein Einhalt geboten werden kann. Bei den verschlungenen Verhältnissen auf dem Weltmarkt und den Binnenmärkten kann diese Frage nicht klar beantwortet werden. Von der geldwirtschaftlichen Seite her wurde eine Preisbeeinflussung mannigfach versucht. Die weitere Verbilligung des Geldes kann je länger je mehr eine Wirkung auf die Preisentwicklung ausüben. Denn einmal muß ja das Fallen der Preise aufhören und eine Stabilisierung ihren Anfang nehmen. Die Gelbdruckung wird verhindert durch die hohen Lagerbestände auf allen Gebieten. Der Fall der Preise hat sich in der letzten Zeit wesentlich verlangsamt, so daß Hoffnungen auf einer Umkehr berechtigt sind. Gält die Verflüssigung der Geldmärkte an, dann kann und muß in nicht ferner Zeit ein Umschwung eintreten.

Unternehmerfreheiten. In der münsterländischen Textilindustrie war der Lohnsatz zu erneuern. Die Unternehmer hatten gefordert, die Löhne der Männer um 12 und die Löhne der Frauen um 24 v. H. zu kürzen. Stellt schon allein diese Forderung eine bodenlose Freiheit dar, so wurde diese noch übertroffen durch die Verhandlungen selbst. Die Vertreter der Unternehmer machten die Schlichterkammer beschlußunfähig, indem sie die Sitzung verließen. Wir haben hier den Fall der glatten Sabotage einer staatlichen Einrichtung. Nur weil die Unternehmer vom heutigen Staat mit Glacehandschuhen angefaßt werden, können sie sich derartiges erlauben.

Zurück zum Mittelalter. Die Wirtschaftskrise führt zu eigentümlichen Auswegen. So versucht man neuerdings die Geld- und Devisenknappheit durch reine Tauschgeschäfte zu überwinden. Es heißt wieder Ware gegen Ware, wie vor Jahrhunderten, wo das ausgetauschte Geld- und Bankwesen noch nicht vorhanden war. Wie die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, geht man vielfach dazu über, Tauschgeschäfte förmlich zu organisieren. In Bremen, Hamburg und Lübeck will man Clearingstellen errichten, um einen gewissen Warenverkehr durch Tauschgeschäfte möglich zu machen. Die IG Farbenindustrie beabsichtigt 5000 Ballen ägyptischer Baumwolle gegen Leuna-Salpeter auszutauschen. Für frühere Farben- und Chemikalienlieferungen nach Ungarn will der Farbentrust 720 Waggons ungarischen Weizens als Bezahlung entgegennehmen. Die Firma Krupp steht mit dänischen Viehexport-Vereinigungen in Verbindung, um den Austausch von dänischem Schlachtvieh mit deutschen landwirtschaftlichen Maschinen vorzunehmen. Auch in anderen Ländern ist das Tauschgeschäft in Gang gekommen. Schließlich ist die Kontingentierungspolitik, womit die durch die Handelsverträge gewährleistete Meistbegünstigung durchlöchert wird, nichts anderes als ein Tauschhandel, der vom Staate selbst begünstigt wird. Wir sind also zu Zuständen zurückgekehrt, die wir längst überwunden glaubten. Man bilde sich nicht ein, daß solche rückwärtige Formen des Warenverkehrs der Menschheit einen Nutzen bringen. Sie sind mehr geeignet, die Beendigung der Wirtschaftskrise hinauszuzögern.

Wirtschaftslage und Kinderwachstum. In Nummer 5 der „Gesundheit“, einer vom Hauptverband deutscher Krankenkassen herausgegebenen verdienstvollen Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes, befindet sich eine Unter-

suchung über das Wachstum der Kinder unter Berücksichtigung der durch die Wirtschaftslage beeinflussten Lebenshaltung. Der Verfasser hat Messungen und Wägungen in den Jahren von 1924 bis 1931 angestellt. Durch diese annähernd 6000 Messungen und Wägungen schulpflichtig werdender Kinder konnte ein vergleichbares Bild über Größe und Gewicht erzielt werden. Die Knaben im Alter von 6 bis 6½ Jahren im Jahre 1924 erreichten im Durchschnitt eine Größe von 108,7 cm und ein Gewicht von 19,2 kg. 1931 hingegen betrug die Größe 114,7 cm und das Gewicht 20,2 kg. Bei den Mädchen gleichen Alters betrug die Größe 104,0 cm und das Gewicht 18,4 kg und 1931 114,1 cm und das Gewicht 19,8 kg. Die gleichaltrigen Knaben und Mädchen sind also fortlaufend größer und schwerer geworden. Die Größenzunahme beträgt mehr als 5 cm und die Gewichtszunahme 1 bis 1,5 kg. 1924 kamen die im Krieg geborenen und die in der Inflationszeit ernährten Kinder zur Schule. Sie hatten also das grauenhafte Elend dieser Zeit am eigenen Leibe zu verspüren. Von Interesse ist noch, daß die Zunahme an Gewicht und Größe erst ab 1927 eintrat, wo die Wirtschaftslage der berufstätigen Bevölkerung sich zusehends zu bessern begann. Erst ab 1927 konnte der Wachstumsprozeß der deutschen Kinder als normal bezeichnet werden. Es ist nur zu hoffen, daß die Wirtschaftskrise bald ein Ende nimmt, damit dieser günstige Wachstumsprozeß nicht wieder unterbrochen wird.

Mieten- und Hauszinssteuer-Neuregelung

Auf Grund von Anfragen aus Kollegentreifen bringen wir darüber zur allgemeinen Kenntnis:

Ab 1. April 1932 ist die Gebäudeentwässerungssteuer (Hauszinssteuer) gegenüber dem Stande vom Jahre 1930 um 20 Prozent gesenkt worden. Diese Ermäßigung erfolgte auf Grund der Dritten Notverordnung. Durch die Vierte Notverordnung ist ferner den Hauseigentümern die Möglichkeit gegeben, in dem Zeitraum vom 1. 4. 1932 bis 31. 3. 1934 die Gebäudeentwässerungssteuer durch Zahlung eines einmaligen Betrages ganz oder teilweise abzulösen.

Sowohl die Senkung als die Möglichkeit einer Ablösung der Hauszinssteuer sind ein einseitiges Geschenk an die Hausbesitzer. Eine Senkung der Mieten erfolgt nämlich durch diese Maßnahmen nicht, vielmehr tritt für viele Mieter praktisch eine Erhöhung ihrer zu zahlenden Miete ein, trotz der in beiden Notverordnungen enthaltenen Vorschriften, daß die Länderregierungen Mittel zur Verfügung stellen müssen, um für die Mieter, denen bislang die Hauszinssteuer gestundet war, eine Erhöhung ihrer Mietzahlungen zu vermeiden.

Für Preußen ist nun folgende Regelung getroffen worden: Die am 31. 3. 1932 abgelaufene Hauszinssteuerverordnung ist mit einigen Änderungen bis zum 31. 3. 1940 verlängert. Den Mietern, denen die Hauszinssteuer bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1931 gestundet war und deren wirtschaftlichen Verhältnisse keine wesentliche Veränderung erfahren haben, wird diese auch im Steuerjahr 1932 gestundet, und zwar brauchen jene, die am 31. März 1932 und darüber hinaus Arbeitslosen- oder Krisenunterstützungsempfänger waren und sind, keinen neuen Antrag zu stellen. Alle übrigen, auch die Wohlfahrtserwerbslosen müssen die Stundung erneut beantragen.

In den Voraussetzungen für die Stundung und Niederschlagung der Hauszinssteuer ist keine Veränderung eingetreten. Sie ist nach wie vor zu stunden und niederschlagen, wenn Sozialrentner, Kleinrentner, Kriegsbeschädigte, Kriegerrückbliebende, die eine öffentliche Unterstützung oder eine Zulazrente beziehen, oder wenn Erwerbslose oder andere bedürftige Personen (namentlich kinderreiche Familien) welche die volle gesetzliche Miete nicht zahlen können, Mieter sind.

Ferner, wenn Mieter und ihre die Wohnung teilenden Angehörigen unter einem bestimmten Einkommen bleiben, und zwar beträgt diese Einkommensgrenze für den Haushaltungsvorstand und seine Ehefrau 100 Mark im Monat, für jeden weiteren Angehörigen erhöht sich diese Grenze um 8,33 Mark, für den vierten und jeden weiteren Angehörigen jedoch um 16,66 Mark monatlich. Hat also ein Ehepaar mit zwei Kindern nicht mehr als ein monatliches Einkommen von 116,66 Mark, so ist ihnen die Hauszinssteuer zu stunden. Ueberschreitet ihr Einkommen diesen Betrag um weniger als den Betrag, den der Hauszinssteueranteil in der zu zahlenden Miete ausmacht, so hat eine teilweise Stundung zu erfolgen.

Für die Stundung sind Vordrucke auszufüllen, die bei den Unterstützungsstellen, bzw. bei den Steuerbehörden anzufordern und über den Hauswirt an die Steuerstellen zurückzureichen sind. Gegen die Ablehnung der Stundung ist Einspruch beim Katasteramt zulässig.

Die ab 1. April d. J. erfolgte Senkung der Hauszinssteuer um 20 Prozent macht eine Umrechnung der laufenden Stundungsbeträge erforderlich und bringt für die Mieter, denen die Steuer bislang gestundet war, eine Mieterhöhung. In diesen Fällen kann das Wohlfahrtsamt eine entsprechende Mietbeihilfe gewähren, bzw. die bereits gewährte Mietbeihilfe um den Betrag erhöhen, den der Mieter durch die erfolgte Senkung der Hauszinssteuer mehr aufzubringen hätte.

Eine zum Teil andere Regelung erfolgt in den Fällen, in welchen der Hauswirt die Hauszinssteuer ganz oder auch teilweise abläßt, was ja ab 1. 4. 1932 möglich ist. Dabei bleibt aber zu beachten, daß der Ablöser die bereits um 20 Prozent ermäßigte Steuer zugrunde gelegt wird und daß bei voller Ablösung die Möglichkeit einer weiteren Stundung entfällt.

Der Mieter, der also bislang im Genuß der Hauszinssteuerstundung war, hätte mithin bei einer Ablösung der Hauszinssteuer durch den Hausbesitzer in Zukunft die volle Miete einschließlich dem bislang gestundenen Hauszinssteueranteil, zu entrichten, seine Miete wäre praktisch um den Hauszinssteueranteil erhöht.

Um das zu vermeiden, muß (außer der vom Wohlfahrtsamt entsprechend der 20prozentigen Senkung der Hauszinssteuer zu gewährenden Mietbeihilfe) die Steuerkasse eine Mietbeihilfe in Höhe des abgelösten Hauszinssteueranteiles an den Hauswirt zahlen. Eine Vorauszahlung an den Mieter ist im letzteren Falle nicht zulässig, vielmehr erfolgt auch mit dem Hauswirt für gewöhnlich eine Verrechnung und nur wenn die Mietbeihilfen den vom Hauswirt an sonstigen Steuern zu zahlenden Betrag übersteigen, erfolgt eine Vorauszahlung an diesen.

Für die Erlangung dieser Mietbeihilfen von der Steuerkasse ist ebenfalls die Ausfüllung eines Vordruckes notwendig, der von den Unterstützungsstellen ausgegeben wird und an die Steuerbehörde einzureichen ist.

An einem Zahlenbeispiel demonstriert, sieht die Errechnung der Mietbeihilfen folgendermaßen aus:

Angenommen, die Miete betrug am 31. 3. 1932 einschließlich Hauszinssteuer 60 Mark, der Hauszinssteueranteil 20 Mark, nach Stundung der Hauszinssteuer beträgt die zu zahlende Miete 40 Mark. Die Senkung der Hauszinssteuer um 20 Prozent macht bei einem Hauszinssteueranteil von 20 Mark 4 Mark aus. Zur Stundung kämen nach dem 21. 3. nicht mehr 20 sondern nur noch 16 Mark. Die Miete ist praktisch um 4 Mark erhöht. Diese 4 Mark kann auf Antrag das Wohlfahrtsamt als Mietbeihilfe gewähren.

Wird nun der 16 Mark betragende Hauszinssteueranteil vom Hauswirt voll abgelöst, so ist die Folge, daß auch keine Stundung mehr erfolgen kann. Die Miete würde sich mithin um diese 16 Mark erhöhen. Um das zu vermeiden, muß die Steuerkasse diese 16 Mark als Mietbeihilfe gewähren, welche nicht dem Mieter, sondern dem Hauswirt gezahlt wird.

Da für die Gewährung dieser Mietbeihilfe von der Steuerkasse nur die Mieter in Frage kommen, denen bereits im Steuerjahr 1931 die Hauszinssteuer gestundet war, können die Mieter, die erst im Rechnungsjahr 1932 oder später die Voraussetzungen für die Stundung der Hauszinssteuer erstmalig erlangen, nach erfolgter Ablösung der Hauszinssteuer durch ihren Hauswirt weder in den Genuss der Stundung kommen, noch eine Mietbeihilfe von der Steuerkasse erhalten. Darin ist praktisch eine Mieterhöhung zu erblicken, die mit der Verpflichtung zum Ersatz der vom Wohlfahrtsamt gewährten Mietbeihilfe eine neue Belastung der Mieter bedeutet.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen, Bezirken u. Gauen

Berjammlungen:

Sonnabend, 4. Juni. In Charlottenburg um 19.30 Uhr bei Jamin, Sophie-Charlotten-Strasse 88.

Sonntag, 5. Juni. In Hirschberg im Riesengebirge um 14 Uhr in der „Alten Hoffnung“.

Gesperri:

In Schwarzenbach a. S. die Firma Morgencier. Im Bezirk Würzburg das Steinmegeschäft Anton Bau, Witwe, in Grünfeld in Baden.

In Weihenfels die Steinsefirmen Otto Reinhardt sen. und Otto Reinhardt jun.

In Landsberg a. M. die Betriebe der Steinsemeister Otto Hoste, Kladowstraße 98 und Hermann Beland, Lorenzendorfer Straße 15, (die Baustellen sind: Straßenbau Großer Damm, Rippe). Dort Streik!

In Groß-Berlin Streit der Steinseger und Berufsgenossen.

Wir warnen alle Kollegen bei den vorstehend genannten Firmen und Orten um Arbeit nachfragen. Bei Arbeitsangeboten muß vorher beim Zahlstellenvorstand Erkundigung eingeholt werden.

Verlorene Mitgliedsausweise. In Gleiwitz das Verbandsbuch Nr. 5865 für Willi Thromuschka, Steinseger.

Zur Beachtung! Von Sperren usw. muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

Briefkasten

Kritiker. Auf der 1. Seite der heutigen Beilage findest Du eine wirkungsvolle Skizze, die mit wenigen Strichen eindringlich zum Ausdruck bringt, worüber wir bereits seit Monaten immer wieder kleinere und größere Artikel gebracht haben. Schau Dir nur die Details auf der Skizze genau an, sie können Dir sogar als Unterlage zu einem kurzen aber ansprechenden Vortrag dienen. Solche Bilder sind wert, im Kollegentreife besprochen zu werden.

Berl. Das stimmt, denn die hohe Arbeitslosigkeit wurde den marxistisch verengten Parteien zugeschrieben. In den Verhältnissen in Italien kann man studieren, daß auch ein faschistisch regiertes Land sich den Einwirkungen der Weltwirtschaftskrise nicht entziehen kann. Die Arbeitslosigkeit in Italien betrug Ende Februar nach amtlichen Angaben 1.448.000 gegen 765.000 im Februar 1931. Man bedenke, daß Italien nur ein halbindustrialisiertes Land ist. Dennoch dieses gewaltige Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Von den 1.448.000 Arbeitslosen bezogen nur 302.000 Arbeitslosenunterstützung. Ueber 800.000 mußten sich ohne Unterstützung durchhelfen. So sieht es in einem faschistischen Musterlande aus.

Genossenschaftler. Nach den letzten Statistiken bestehen in 41 Ländern 57.500 Genossenschaften mit einer Einzelmitgliedschaft von 70 Millionen. Davon umfassen die Konsumgenossenschaften 64,5 Millionen, die Produktgenossenschaften 133.000, die landwirtschaftlichen Genossenschaften 1.880.000 und die Kreditgenossenschaften 7.107.000. Der Gesamtumsatz dieser Genossenschaften stellt sich auf 234.019.827 Pfund Sterling (etwa 3,6 Milliarden Mark) und die Reserven auf 127.381.090 Pfund.

Ausicht? — Keine! Auch die Sozialversicherung ringt um ihre Existenz. Hoffentlich hinterläßt diese Wirtschaftskrise nicht ein Trümmerfeld auf dem Gebiete der Sozialversicherung, auf die Deutschland früher so stolz war.

Fischhaus. In Alimentations- und Steuerfragen gilt keine gesetzliche Pfändungsgrenze, die im allgemeinen 45 Mark pro Woche noch beträgt.

Neue Bücher und Zeitschriften

Eine neue Werbepremie wird in dem jetzt vorliegenden Mai-Heft der Zeitschrift „Die Büchergilde“ angehängt. Diese neue Werbepremie, „Die Vorzeitanfänger“, ein Arbeiterroman aus Rußland von Alexander Petrow, wird für die Werbung von zwei neuen Mitgliedern abgegeben. Mit ihren Werbepremien hat die Büchergilde auch in der letzten schweren Zeit erstaunliche Erfolge zu verzeichnen. Außer der Ankündigung dieses Buches enthält die Zeitschrift, die den Mitgliedern der Büchergilde jeden Monat kostenfrei zugeht, eine feinsinnige Ergänzung von Martin Andersen Lersch und andere Novellen und die Abbildungen sind in gewohnter Weise mit Sorgfalt und künstlerischem Empfinden ausgestattet.

Die Deutschen Parteien, Wesen und Wandel nach dem Kriege von Dr. Siegm. Neumann, Dozent an der deutschen Hochschule für Politik in Berlin. Verlag: Junfermann und Bunnhaupt, Berlin, Preis 5 Mark.

Die Verlagsgesellschaft des ADGB hat für die freigeberwirtschaftlichen Mitglieder der SPD eine Organisationsausgabe geschaffen, die mit 2,50 Mark an die Verbandsmitglieder abgegeben wird. Dieses Buch müßte jeder besitzen und natürlich auch studieren, der irgendeine politische interessiert ist. Es geht bei dem Inhalt des Buches nicht um die Verdrängung oder Verherrlichung der einzelnen Parteien, sondern um ihre Erfassung. Es ist, wie der Verfasser in seinem Vorwort ganz richtig schreibt, eine Strukturanalyse, die hinter der verwirrenden Fülle der Einzelerscheinungen, das Gesamtgefüge der deutschen Parteien sichtbar werden läßt. Das Inhaltsverzeichnis zeigt auf, im 1. Teil: Grundlagen, sie verbreiten sich über den Begriff Partei und über die deutschen Parteistrukturen. Der 2. Teil ist die Strukturanalyse über die einzelnen bestehenden Parteien. Der 3. Teil behandelt das Ergänzende. Dann ist dem Buch noch ein Anhang „Bibliographisch“ angehängt, der durch Hinweise, Literaturangaben und Tabellenmaterial die knappe Darstellung erweitert und Grundlagen gibt für eingehendere Auseinandersetzungen. Wie gesagt, ein praktisches Buch für politisch tätige Menschen. Bekanntlich ist es heute so, daß gar mancher den Mund kritisch aufreißt im Kampfe der Parteien ohne viel Schimmer von dem zu haben, was er bekämpft. In der Politik redet jeder mit ohne zu bedenken, daß es auch hier vorher etwas zu erlernen gibt, ehe man mitredet. Wir wünschen dem Buche weite Verbreitung, die Verlagsgesellschaft des ADGB will durch den Verkauf des Buches zu billigen Preisen dazu beitragen. Das ist eine hoch anzuerkennende Handlung.

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

Berlin. Am 8. Mai der Rammer Paul Stahlberg, 58 Jahre alt, Gasvergiftung. — Am 11. Mai der Steinsetzer Fritz Todtberg, 54 Jahre alt, 3½ Jahre krank, Nervenlähmung; der Alabasterarbeiter Friedrich Naumann, 70 Jahre alt, Herzschwäche.

Zeitz. Am 10. Mai der Sandsteinmetz Hugo Rehnert, 48 Jahre alt, vier Jahre krank, Staublung.

Fechenbach. Am 10. Mai der Sandsteinmetz Leo Klingenberg, 48 Jahre alt, 37 Monate krank, schwere Staublung.

Groß-Kunzendorf. Am 11. Mai die Schleiferin Maria Buchmann, 67 Jahre alt, Herzschlag.

Gommern. Am 11. Mai der Pflastersteinmacher Karl Schenk, 51 Jahre alt, Gehirnschlag.

Dossenheim. Am 13. Mai der Hilfsarbeiter Heinrich Hahn, 66 Jahre alt, 4 Wochen krank, Altersschwäche.

Gommern. Am 17. Mai der Brecher Alb. Andrees, 58 Jahre alt, 2 Jahre krank, Lungentuberkulose.

Demitz-Thumitz. Am 23. April der Granitsteinmetz Moritz Weber, 63 Jahre alt, Freitod.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Seibold. Verlag Ernst Windler, beide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Leben um zu arbeiten oder arbeiten um zu leben?

Es ist ein ewiger Grundgedanke der Volkswirtschaft, daß Güterverbrauch und nicht die Gütererzeugung dem wirtschaftlichen Handeln Sinn und Zweck gibt. Dieser Grundgedanke wird leider namentlich von Unternehmern in das Gegenteil umgekehrt angewandt.

In Verfolg dieser Gewerkschaftspolitik gelang es allerdings, für die städtische Arbeiterklasse Vorteile und Zugeständnisse herauszuholen, die Australien in der übrigen Welt die Bezeichnung eines „Arbeiterparadieses“ einbrachten.

Die Gewerkschaften in Australien hatten also jenem von uns erwähnten Grundgedanken wirtschaftlichen Handelns weitgehend Geltung verschafft. Mit häßlicher Freude triumphiert die Reaktion aller Länder darüber, daß die Weltwirtschaftskrise die jahrzehntelangen Erfolge emsiger Organisationsarbeit vernichtet hat.

Die Zukunft des Kapitalismus

Einer der besten Kenner der kapitalistischen Wirtschaft ist der Berliner Professor Werner Sombart. Er hat geistvolle Bücher über die Entwicklung des Kapitalismus geschrieben und war in seiner Jugend Marienblüte ein Anhänger und Bewunderer der Lehre von Karl Marx.

Sombart beginnt damit, daß er die Wissenschaftler gegenüber den Geschäftsleuten, Politikern und Journalisten besonders dafür befähigt hält, Feststellungen über die Zukunft der Wirtschaft zu machen.

Nach Sombart hat der Kapitalismus seine Vorherrschaft verloren. Selbst im Zeitalter des Spätkapitalismus haben sich nicht nur die vorkapitalistischen Wirtschaftssysteme erhalten, es sind auch noch neue, wie Genossenschaften, Betriebe der öffentlichen Hand, gemischt-öffentliche Unternehmungen und dgl. hinzugekommen.

Sombart hält aus all diesen Gründen eine Rückkehr zu der reinen kapitalistischen Wirtschaft mit all der Planlosigkeit, Zufälligkeit und Willkür als nicht gegeben. Dies schon deshalb, da ein großer Teil der Leistungen der freien Unternehmer durch die Entwicklung selbst hinfällig geworden ist.

Aus alledem sieht auch Sombart nur einen Weg: Planwirtschaft. Während die Einzelwirtschaft heute planmäßig organisiert ist, ist bei der Gesamtheit Planlosigkeit Trumpf. Nach Sombart muß eine echte Planmäßigkeit folgende Merkmale enthalten: Sie muß umfassend sein und von einer Stelle ausgehen.

bedungswirtschaft, Genossenschafts-, Staats- und Gemeinwirtschaft nebeneinander bestehen. Selbst die Leistungskonkurrenz wird noch einen breiten Raum einnehmen. Privateigentum oder Kollektiveigentum als Alternative sind ebenso hinfällig wie die andere, verwandte: Privatwirtschaft oder Kollektiwirtschaft.

Das ist in kurzen Zügen das, was Sombart über die Planwirtschaft sagt. Teilweise kann man seinen Gedankengängen durchaus zustimmen. Die Gewerkschaften haben die Planlosigkeit der gegenwärtigen Wirtschaft schon des öfteren kritisiert und eine Planwirtschaft gefordert.

Die hochkapitalistische Weltwirtschaft hat die Herrschaft der weißen Rasse auf der Erde zur Voraussetzung. Die Alleinherrschaft der weißen Rasse wird für immer vorbei sein. Der Aufbau aller exotischen Wirtschaften mit Hilfe des europäischen Kapitals im Rahmen der verfallenen Weltwirtschaft ist eine überwindene Epoche.

Was Sombart hier fordert, ist derart überipigt nationalistisch, daß es von jedem einsichtigen Menschen abgelehnt wird. Die Zollverhältnisse auf der Grundlage der Meistbegünstigung sind heute noch eine der besten Arten des Güterausstausches von Land zu Land.

Die Zukunft des Kapitalismus wird sich wahrscheinlich in Bahnen vollziehen, die vor einem Jahrzehnt kaum vorausgesehen wurden. Jedenfalls ist die alte individualistische kapitalistische Privatwirtschaft für immer vorbei.

Betreuung unserer Arbeitslosen

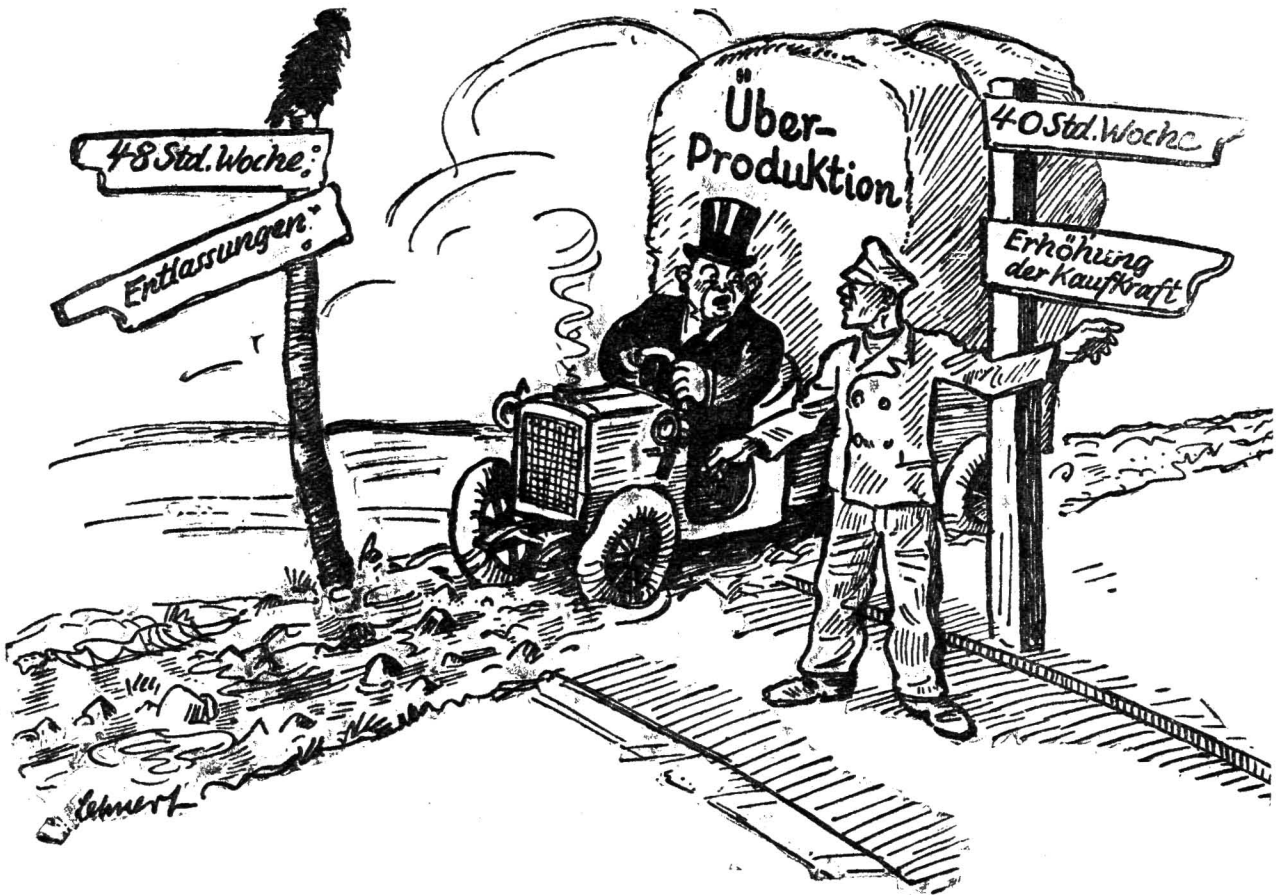
In der Regel bleibt der arbeitslos gewordene Kollege Mitglied des Verbandes, soweit nicht besondere Umstände vorliegen. Innerhalb der Gewerkschaft bilden die arbeitslosen Kollegen nicht eine besondere Gruppe mit besonderen Interessen, sondern sie sind nach wie vor Mitkämpfer für die Verbandsgiele.

Das Ziel ist, die arbeitslosen Kollegen womöglich noch enger an die Organisation zu fesseln, als es bisher der Fall war, denn im Heer der Arbeitslosen sind ungeheure Kräfte soziologischer Art verpörrert, die irgendwie im wirtschaftspolitischen Geschehen der Gegenwart früher oder später Einfluß gewinnen werden und müssen.

Sie bieten sich den örtlichen Organisationen, den Verbandsgliedern und dem Ortsausschuß wirklich große Tätigkeitsgebiete. Regelmäßige Zusammenkünfte sind unerlässlich. Sehen wir einmal von den selbstverständlichen Fragen der lokalen Arbeitsvermittlung ab, so wird die Arbeit der Organisation sich darauf richten müssen, die Rechtsfragen der Unterstützungsarten durch Vortrag und Unterhaltung zu behandeln.

Zu diesem nur andeutungsweise entwickelten Programm kommt der ständige persönliche Kontakt der Kollegen untereinander. Ich finde, daß wir vielmehr auf die Mitarbeit der Frauen Wert legen sollten, soweit das möglich ist.

Klarheit herrscht bei uns darüber, daß gerade bei den arbeitslosen Kollegen systematisch gearbeitet werden muß, und zwar sowohl in organisatorischer, als auch in sachlicher Beziehung. Und eine solche Arbeit macht unter Umständen mehr Freude als man denkt.



„Auf dem Wege kommen Sie nicht mehr weiter, Herr „Wirtschaftsführer“. Sie müssen scharf links einbiegen!“

In einer Welt, in der alles schwankt, bedarf es eines festen Punktes, auf den man sich stützen kann. Dieser Punkt ist der häusliche Herd, der Herd ist aber kein fester Stein, wie die Leute sagen, sondern ein Herz, und zwar das Herz einer Frau.

Unterhaltungsbrocken

Seid Glühwein oder brunnenkühles Wasser, nur nicht abgestandenes Raß, das jeden anekelt; seid keine Philister

Der Schneeball und das böse Wort.
Sie wachsen, wie sie rollen fort.
Eine Sanddöll wirft zum Tor heraus,
Ein Berg wird's vor des Nachbars Haus.

Sum hundertjährigen Bestehen des Zündholzes

In der griechischen Sage, wonach Prometheus, vor dem Zorn der Götter flüchtend, dem Menschengeschlecht das Feuer des Himmels brachte und dazu einen Stab benutzte, in dessen trockenem Mantel der Funke glimmte, kündigt die Erinnerung an die himmlische Herkunft des ersten von Menschen verwendeten Feuers nach. Solches Feuer, das sie durch zündende Blitze erhielten, mußten die Menschen sorgsam hüten und unterhalten und von einem zum anderen Orte übertragen. Wann es ihnen zum ersten Male gelang, selbst Feuer zu entzünden, ist ungewiß, doch wird es sehr früh geschehen sein. Soweit uns bekannt ist, wurde das Feuer anfangs durch Reiben verschiedener Hölzer gegeneinander erzeugt, meistens in der Weise, daß ein Holzstück in ein anderes Holzstück eingehoht und in immer schneller drehende Bewegung gesetzt wurde, bis das Holz zu glimmen begann. Um das Glimmen zu beschleunigen, ging man auch bald dazu über, das Loch im zweiten Holzstück mit leicht entzündlichen Blättern, Holzstaub, Mastix usw. auszufüllen. Solche Reibegeräte, im Sinne des Wortes auch Zündhölzer, fanden sich bis in die neueste Zeit hinein bei den Südseeinsulanern, Indianern, afrikanischen Stämmen. In der gleichen Weise erzeugten auch die alten Indier, Griechen, Römer, Germanen ihr Feuer. In dem Helbenedigt der Odyssee (um 700 v. Chr.) wird schon erzählt, daß der zur Feuererzeugung dienende Bohrer, das Trypanon, mittels Riemen in drehende Bewegung gesetzt wurde. Der griechische Philosoph Theophrastus (400 v. Chr.) beschreibt solche Feuerzeuge und gibt die dazu geeigneten Holzarten an. Der Römer Plinius (geb. 23 n. Chr.) erwähnt als Zunder getrocknete Blätter und Schwämme, und der nicht viel später lebende Geschichtsschreiber Tacitus nennt schon eine neue Art der Feuererzeugung, die sich die leichte Entzündlichkeit des Schiefels zunutze machte: Man steckte kleine Schwefelstangen in trockenes Pulver von vermodertem Holz und entzündete das Ganze durch Reiben zwischen zwei Steinen.

Das ganze Mittelalter hindurch war die Feuererhaltung mittels glimmender Scheite und das Entleihen von glühenden Bränden vom Nachbar die Regel. Seit dem 14. Jahrhundert tauchten dann die aus Stahl und Feuerstein bestehenden Feuerzeuge auf, die sich bis zum Anfang des vorigen Jahrhunderts allgemein in Gebrauch erhielten. Im 13. Jahrhundert hatte man auch schon Brenngläser als Feuerzeuge verwendet, die übrigens schon im Altertum vereinzelt verwendet worden sein sollen, aber sie erlangten erst im 17. Jahrhundert, als sie wesentlich vervollkommen waren, eine Bedeutung, die aber infolge der beschränkten Anwendungsfähigkeit nicht groß sein konnte. Eine wesentliche Veränderung des Feuerzeugweins trat erst nach 1800 mit dem Aufkommen von chemischen Feuerzeugen ein.

Die ersten kamen 1805 auf. Holzstäbchen, deren eines Ende in geschmolzenen Schwefel getaucht war, wurden schon früher benutzt, um das Feuer von einem Ort nach einem anderen zu übertragen. Nun verwendete in Paris ein unbekannt gebliebener Erfinder die Eigenschaft des chloräuren Kali, sich zu entzünden, wenn es mit konzentrierter Schwefelsäure in Berührung kommt, zur Herstellung von sogenannten Funkenfeuerzeugen. Man versah die oben erwähnten Schwefelholzstäbe noch mit einem Ueberzug von chloräuren Kali und Leim und tauchte sie in Flüssigkeiten mit konzentrierter Schwefelsäure, worauf sie sich entzündeten und der Schwefel die schnell verpuffende Flamme des Kalis auf das Holz übertrug. Diese Funkenfeuerzeuge stellten einen großen Fortschritt dar, wiesen aber auch große Uebelstände auf. Die umherspritzende oder auslaufende Säure verbrannte Hände und Kleider des Gebrauchs. Oft versagte das Feuerzeug ganz, wenn das Flüsschen nicht immer ganz fest verschlossen gehalten wurde, da die Schwefelsäure sehr rasch Wasser und Luft anzieht. Endlich aber waren diese Funkenfeuerzeuge sehr teuer, weil die Hölzchen mit der Hand hergestellt wurden. 1812 kosteten in Wien 100 Hölzer nicht weniger als 1 Gulden. Unter solchen Umständen konnte sich das Funkenfeuerzeug nicht allgemein einbürgern, doch hat es sich immerhin ein Vierteljahrhundert neben anderen Feuerzeugen behauptet.

Aus dem Geburtsjahr des Funkenfeuerzeugs 1805 stammt auch die Erwähnung eines Phosphorfeuerzeugs, doch ist über diese Erfindung nichts erhalten geblieben. 1809 soll es ein gewisser Derpach verbessert haben, indem er die allzu große Entzündlichkeit des Phosphors durch Beimischung von Magnesia milderte, und 1816 soll Derosnier diese nicht näher bekannte Zündmasse auf Holzstäbchen aufgetragen haben, die dann durch Reiben entzündet wurden. Die ganze Sache geriet dann anscheinend in Vergessenheit, um einige Jahre später in etwas anderer Zusammenfassung als Congrevische Reibhölzer wieder aufzutreten. Diese aus dem Jahre 1823 stammenden Zündhölzer trugen als Zündmasse eine Mischung von Chlorkali und Schwefelantimon und wurden dadurch entzündet, daß man sie zwischen zwei Blättern Sandpapier durchzog. Zu größerer Bedeutung brachten sie es nicht, weil sie oft versagten und die Zündmasse absprang und Hände und Kleider verbrannte.

Die Entzündlichkeit des Phosphors durch entsprechende Beimischungen zu verringern, war das Hauptziel der nächsten Jahre. Der Erfolg dieser Bemühungen war die Erfindung des Phosphorstreichholzes im Jahre 1833. Es ist merkwürdig, wenn vielleicht auch kein Zufall, daß die Zündhölzer fast gleichzeitig an drei Stellen auf der Welt erschienen und an allen drei behauptet wurde, die Erfindung sei bei ihnen gemacht worden. In England soll es John Walker gewesen sein, der zuerst die sogenannten Lucifers matches aufbrachte, in Ungarn wird Franz als Erfinder hingestellt, und die Deutschen sehen als solchen J. Kammerer an. Der letztere, Siebmacher und Trommelfabrikant von Beruf, der sich nebenbei mit Chemie befaßte, will die Erfindung 1832 als Festungsgefangener auf dem Höhenwerk gemacht haben. Man neigt jetzt im allgemeinen dazu, ihm diese Ehre zuzuerkennen, und es würden in diesem Jahr gerade 100 Jahre verfloßen sein, daß uns das so wichtige Streichholz zuteil wurde. Kammerer versuchte, vom Bundestag in Frankfurt die Genehmigung zur Errichtung einer Zündholzfabrik zu bekommen, erhielt sie aber nicht, vielmehr verbot der Bundestag die Herstellung von Phosphorzündhölzern, die er für zu gefährlich hielt. Aus der Haft entflohen, ließ sich Kammerer in der Schweiz nieder und errichtete mit Hilfe von Kapitalisten Fabriken in Wien und Strazburg, die aber nicht unter seinem Namen gingen. Da es damals noch kein Patentgesetz gab, wurde er bald von anderen überholt, verarmte und starb 1857 im Wahnsinn in seiner Heimat Ludwigsburg, wohin er 1850 nach seiner Begnadigung gezogen war. Als das Verbot des Baus von Streichholzfabriken in Deutschland aufgehoben war, entstanden bald solche in Darmstadt, Kassel und an anderen Orten. Die Zündhölzer fanden freudige Aufnahme, obwohl sie noch ihre Nachteile hatten. Denn da die Zündköpfe aus dem explosiblen Gemisch von chloräuren Kali und Phosphor bestanden, war ihre Herstellung, Beförderung und auch ihr Gebrauch nicht ungefährlich. Eine Besserung trat erst ein, als man in England das Kali durch Braunstein und Mennige ersetzte und in Deutschland den Phosphor mit Bleisuperoxyd und später mit Mennige und Salpeter mischte.

Wenn nun die Hölzer auch in technischer Hinsicht brauchbarer geworden waren, so gaben doch Herstellung und Gebrauch in gesundheitlicher Hinsicht zu schweren Bedenken Anlaß. In den Händen der Gebraucher führten sie häufig Vergiftungen herbei, vor allem aber waren die Hersteller durch das Einatmen der giftigen Phosphordämpfe zu schwerem Siechtum verurteilt. Da erfand 1847 A. Schrötter in Wien den roten, nicht giftigen Phosphor, und der

Frankfurter Chemiker R. Böttger konnte 1848 die ersten „Antiphosphorhölzer“ in den Handel bringen. Die Zündmasse dieser Hölzer war unter Ausschluß von Phosphor aus Schwefelantimon und chloräuren Kali zusammengesetzt, und sie entzündete sich nur an besonders zubereiteten Reibflächen. Doch mußte die von Böttger begründete Fabrik wieder geschlossen werden, weil die Masse der Verbraucher es zu unbequem fand, sich einer bestimmten Reibfläche zu bedienen, und die überall anstreifbaren Hölzer vorzog, die zudem auch billiger waren. Als aber um 1860 der schwedische Chemiker Lundgren eine Zündholzfabrik in Jönköping eröffnete und die Böttger'schen Zündhölzer als „Schweden, utan svavel och fosfor“ nach Deutschland kamen, da fanden sie als großer Fortschritt auf einmal begeisterte Aufnahme. Von Schweden aus hat das heutige Streichholz dann seinen Siegeslauf nach allen Ländern angetreten. Dr. B. Schmidt.

Goethe im Film

In diesem Jahre des Goetherummels — anders kann man das Treiben anlässlich des 100jährigen Todestages von Goethe nicht nennen — sind als besondere „Attraktionen“ auch zwei Goethefilme auf dem (Film-)„Markt“ erschienen. Man kann sich vorstellen, daß der Mensch und Künstler Goethe als Mittelpunkt einer Filmhandlung außerordentlich anziehend, interessant und lebendig gestaltet werden könnte. Was aber in diesen beiden Filmen von und über Goethe gezeigt wird, ist nicht nur ärmlich, sondern geradezu erbärmlich!

Der eine Film stammt aus der Kultur-Abteilung der UFA. Handlung wird man darin vergeblich suchen. Man sieht nur Herrn Theodor Loos, der vor seinem Schreibtisch auf und ab spaziert und dabei einen Vortrag über Goethe hält. Wenn er etwas von Frankfurt sagte, sah man Autos auf der Frankfurter Zeil, sprach er von Seelenheim, tauchte das Bildnis der Friederike auf. Goethe selber ist nirgends zu entdecken, auch sein Sohn August nicht, nicht Eckermann, niemand vom Weimarer Hof außer dem Jesuiten Karl August, der wahrscheinlich die Kultur-Abteilung der UFA repräsentieren soll!

Der zweite Film ist sogar halbamtlich. Er heißt „Goethe lebt“ und ist unter recht tätiger Hilfe des Reichskunstwart's Dr. Redslöb hergestellt worden. Auch hier ist von Goethe nichts zu sehen außer einmal sein Schatten, der wie ein Geist in einer Abendgesellschaft erscheint. Sonst Museum, nüttern, kalt, antiquarisch. Wenn nicht noch Bruchstücke aus einigen Goethe'schen Schauspielen gezeigt würden, wäre auch dieser Film ganz und gar unerträglich.

Wie gut wäre der Film geeignet, uns Goethe menschlich und künstlerisch näherzubringen; wie wenig wird es aber diesen beiden Filmen gelingen! Schade, schade... hlw.

Aristokraten als Revolutionäre

Bei den russischen ehemaligen Aristokraten, die sich als Filmschauspieler oder Filmstatisten in Hollywood ihr Brot verdienten, bestand als selbstverständlicher Grundatz, nicht als Revolutionäre in irgendwelchen Filmen aufzutreten. Und der dort bestehende russische Adelsklub hatte sogar einen entsprechenden Beschluß gefaßt. Inzwischen ist aber auch die Not unter den Hollywooder Filmstatisten recht groß geworden, so daß einzelne Aristokraten dem Beschluß des Klubs zuwider auch in den ihnen menschlich sicher sehr unpopulären Rollen als Revolutionäre auftreten mußten, wenn sie überhaupt ein Engagement haben wollten, und jetzt hat sich sogar der Adelsklub gezwungen gesehen, die Sperre gegen revolutionäre Filme ganz aufzuheben. Wir werden also in Zukunft u. U. das Vergnügen haben, im Film zu sehen, wie sich russische Aristokraten als Revolutionäre bewegen... hlw.

Biologisch verheiratet

Nach den Feststellungen von Dr. Fettscher an der Eheberatungsstelle Dresden handelte es sich nur in 45,1 Prozent der Beratungen um die Beratung von Brautleuten. Mehr als die Hälfte der Beratungen betrafen Eheleute. Das zeigt, daß die Beratung in ihrer vorbeugenden Bedeutung noch nicht anerkannt ist.

Bei der Gelegenheit berichtet Dr. Fettscher auch, daß 98 Prozent derer, die die Beratungsstelle aufsuchten, schon vor der Eheschließung „biologisch verheiratet gewesen“ sind, und zwar wurden diese „biologischen Ehen“ in allen Kreisen der Bevölkerung gleichmäßig festgestellt.

Die Wunderbrille

oder „der völkische Beobachter in der Westentasche“

„Immer 'ran, meine Herrschaften, so etwas muß man gesehen, ja 'so 'was muß man gekauft haben. Die regulierbare Wunderbrille mit neunmal verchieden geschliffenen Gläsern — passend für jedes Auge — Deutsches Drittes Reichspatent mit dem ein-gravierten Hakenkreuz als Schutzmarke — der neueste Schläger der Saison. Einfach auf die Nase gesetzt und nach oben geschaut, sehen Sie Hitlers Einzug durch das Brandenburger Tor. Blidrichtung nach unten gewahren Sie die Standarten unserer herrlichen SA mit den aufgespießten Köpfen der Novemberlinge. Schieben Sie die Gläser übereinander, so wirt die Brille von vorn durch die Mitte gesehen als Fernglas. Sie erblicken des Dritten Reiches Macht und Herrlichkeit in der Totalansicht. Das kleine Wunderwerk umgedreht und in den Mond geguckt, sieht jeder Erwerbslose Arbeit, Brot und Wohlergehen. Sollen aber unter den geehrten Herrschaften Kapitalisten sein, so können Sie Glas a durch einen Handgriff aus der Fassung lösen und verkehrtzeitig als Monofel einstecken. Blidrichtung links sehen Sie dann die abgebaute soziale Gefesgebung sowie die zertrümmerten Gewerkschaften, schielen Sie aber etwas nach rechts, so zeigt sich Ihrem entzündeten Auge der nächste Zukunftskrieg. Als letztes haben wir nun noch Glas b. Für pensionierte Prinzen, Generale usw. gleichermaßen zu handhaben wie Glas a. Ist vielleicht mal einer von diesen Herren unter dem werten Publikum, so bitte ich ihn, sich ungeniert von der Wahrheit meiner Worte zu überzeugen: Blidrichtung links sehen Sie ungeahnte Perspektiven für die Aktivierung Ihrer geschächten Kräfte, rechts wird dies Schaubild überschritten von einem Interieur aus Etappe Genl. Nun aber, meine verehrten Herrschaften, als Reuntes und Allerleystes: Guden Sie überhaupt nicht durch die Brille, so sehen Sie die verfluchte Wirklichkeit, wie sie ist, und das kann man von keinem echten Deutschen verlangen. Im Auftrage meiner Firma Hitler und Genossen, assoziiert mit Thyssen und Konjorten, verschleudere ich dieses Phänomen, auch genannt „der völkische Beobachter in der Westentasche“, ja verschleudere ich dieses optische Neunwunderwerk mit genauer Gebrauchsanweisung und ein-jährigem Garantiechein zu dem Kleckpreis von mal fünfzig Pfennig, eine halbe Systemmark! Einmal durchgeschaut, hat sich die Brille bezahlt gemacht! Immer ran an die Tefel, da muß in dieser Notzeit ein jeder Käufer sein! Und wenn ich sie nochmals mitgeben darf...“

(Aus „Illustrierte Reichsbanner-Zeitung“.)

Ein „guter“ Patient

Wer ist ein „guter Patient“? Wohl derjenige, der den Arzt am besten bezahlen kann? Fehlgelassen, lieber Leser. Die Zahl derer, die den Arzt gut bezahlen können, ist heutzutage sehr klein, die Anzahl der „guten Patienten“ aber glücklicherweise sehr viel größer. Auch der Krankenfranke, auch der Wohlfahrtspatient, überhaupt jeder, der den Arzt aufsucht, könnte ein „guter Patient“ sein, wenn er nur will! Wie macht man das? Jeder Kranke hat die Pflicht, dem Arzt seine Tätigkeit nach Möglichkeit zu erleichtern. Das geschieht zunächst einmal durch Pünktlichkeit. Jeder Arzt hat seine festgesetzten Sprechstunden und braucht die übrigen Stunden des Tages, ja oft auch die der Nacht, für Krankenbesuche, für Untersuchungen, für Gutachten und Schreibarbeit, für Fortbildungszwecke und dergleichen mehr. Darum erscheine der Patient pünktlich zur Sprechstunde, nicht in den letzten fünf Minuten und nicht eine halbe Stunde zu früh.

Soll der Arzt zu einem bettlägerigen oder bewegungsunfähigen Kranken ins Haus kommen, so rufe man ihn möglichst in den Morgenstunden. Dann wird der Arzt instand sein, sich seinen Tag und seine Wege zweckmäßig einzuteilen und nicht gezwungen sein, unnötig Zeit, Geld und Körperkraft zu opfern oder einen Besuch um Stunden hinauszuschieben.

Bei Gelegenheit der ärztlichen Untersuchung und Beratung wird sich derjenige als „guter Patient“ erweisen, der auf die ärztlichen Fragen eine klare, knappe und sachliche Antwort gibt. Gewiß soll und muß der Patient dem Arzte alles erzählen, was mit seinem Leiden im Zusammenhang stehen könnte, aber wenn jemand einen Erkältungskatarrh hat, dann interessiert den Arzt für seine Diagnose und für die Behandlung gewiß nicht, daß ein Onkel des Patienten vor einem Jahre einmal vom Auto überfahren wurde, oder daß die Schwiegermutter des Kranken ein Kindbettfieber durchgemacht hat! Wer so in der ärztlichen Sprechstunde vom Hundertsten ins Tausendste kommt, stiehlt nicht nur dem Arzte die Zeit, sondern schädigt auch die anderen Patienten, die noch im Wartezimmer sind oder auf den Besuch des Arztes warten.

Eine weitere Forderung, die der Arzt an einen „guten Patienten“ stellen muß, besteht in der aufmerksamen und genauen Befolgung der ärztlichen Vorschriften. Da sind zunächst einmal die Besserwisser, die entweder gleich gegen die ärztlichen Anordnungen diejenen einen Einwand erheben oder später nach eigenem Gutdünken handeln. „Der Frau Müller, die doch an der gleichen Krankheit leidet, hat ihr Arzt aber ein anderes Mittel gegeben, kann ich das nicht auch haben?“ oder „Ich habe doch in der Zeitung gelesen, bei meiner Krankheit muß so und so behandelt werden!“

Liebe Patienten! Das erste und wichtigste, was der Kranke dem Arzte entgegenbringen muß, ist ein unbedingtes Vertrauen. Wo dieses fehlt, kann meist der beste Arzt und die beste Arznei nicht helfen. Der Mensch, und vor allem der kranke Mensch, ist keine Maschine, sondern ein lebendiges Eigenwesen, das in jedem Einzelfalle einer ganz besonders gearteten Behandlung bedarf. Eine Lungentzündung ist nicht eine Krankheit, bei der man nur das Lexikon aufzuschlagen braucht, um zu erfahren, „was man bei Lungentzündung am besten tut“. Die Lungentzündung des Herrn A. erfordert diese Art der Behandlung, die Lungentzündung der Frau B. braucht jene. Das ist ja das Wesen der ärztlichen Kunst, die sich auf Wissen und Erfahrung durch langjähriges Studium gründet, daß sie den Arzt in den Stand setzt, für jeden Einzelfall das Zweckentsprechende auszuwählen, das die Heilung herbeizuführen verspricht. Gewiß soll der Mensch von 1932 über sich und seinen Körper Bescheid wissen, und solche Kenntnisse soll und muß, soweit sie zur Erhaltung der menschlichen Gesundheit und zur Verhütung von Krankheit dient, auch die Zeitung vermitteln. Handelt es sich aber um Krankheit und Krankenbehandlung, dann ist nur der, durch jahrelanges Studium und praktische Erfahrung geschulte Arzt zuständig, nicht der Quacksalber, der Gesundheitsbetor oder die liebe Frau — Nachbarin!

Häufig wird auch aus falscher Vorsicht gegen die ärztlichen Anordnungen verstoßen und so eine Medizin entweder gar nicht oder in zu geringer Menge genommen. Dann freilich darf sich der Kranke nicht beklagen, wenn es nicht vorwärts geht. Manche Arznei braucht Zeit, um ihre Wirksamkeit entfalten zu können, manche Krankheit verlangt geduldiges Zuwarten und ein ärztliches Eingreifen erst dann, wenn der richtige Augenblick dafür gekommen ist. In diesem Falle zeigt sich der „gute Patient“ darin, daß er genügend Vertrauen und genügend Geduld aufbringt und den Arzt nicht mit Fragen und, wenn auch gut gemeinten, Behandlungsvorschlägen oder dem Wunsch nach Zuziehung eines Facharztes bedrängt. Ein gewissenhafter Arzt kennt die Grenzen seines Könnens und wird, wenn es wirklich nötig ist, nicht zögern, auch den Rat des Facharztes einzuholen. Der Kranke, der bald diesen, bald jenen Arzt zu Rate zieht, wird sich dadurch selbst einen schlechten Dienst erweisen. Der alte Hausarzt existiert heute kaum mehr, aber seine genaue Kenntnis der Wesensart und der Körperbeschaffenheit der einzelnen Familienmitglieder, die er oft von Kindesbeinen an gekannt hat, gab ihm zum Heile seiner Kranken besonders wertvolle Hilfen in die Hand. Zum mindesten muß deshalb auch heute der „gute Patient“ wenigstens ein treuer Patient sein.

Schließlich darf der Arzt, der ja auch nur ein Mensch ist, auch ein wenig Rücksicht verlangen. Nicht wegen jeder Kleinigkeit rufe man ihn, sondern gehe, wenn nötig, in seine Sprechstunde; nicht alles und jedes schiebe man dem Arzt in die Schuhe, sondern suche auch ein wenig die Fehler bei sich selbst.

Der Beruf des Arztes ist ein großer, schöner und idealer, der reiches Wissen und Können, viel aufopfernde Selbstverleugnung, Geduld und Menschenliebe erfordert. Darum darf der Arzt mit Recht verlangen, daß ihm der Kranke die Erfüllung seiner Berufspflichten nicht nur nicht unnötig erschwere, sondern ihn vielmehr verständnisvoll dabei unterstütze und dadurch für ihn werde „ein guter Patient“.

Dr. med. R.

Das Maß ist voll!

Das Maß ist voll und die Geduld zu Ende!
Der Weg zurück ist Sklaverei!
Wir strehn an einer Zeitenwende,
Erkenn es Volk und mach dich frei!

Wie lange noch willst du die Schmach ertragen?
Die Hungerpeitsche schwingt die Not!
Wie lange noch das bange Fragen:
Wann gibt es Arbeit, Lohn und Brot?

Wann endlich Volk wirst du begreifen
Den Wahnsinn, der die Welt regiert,
Und in dir das Bewußtsein reifen,
Die Zeit ist da, nun losmarschier!

Das Ziel ist klar, wir müssen es erreichen!
Seid einig Brüder und bereit!
Auf unsern Fahnen grüßt das Zeichen
Der Liebe und Gerechtigkeit.

Wir rufen nicht zu unbeseelten Taten,
Doch wehe, wenn der Sturm entacht!
Dann find wir einig, Kameraden,
Durch Kampf zum Sieg! Wir sind die Macht!

J. S. C. Büttner.